Konjunkturjahr sondergleichen. Dem deutschen Kapital war es gelungen, nicht weniger als 1⅗ Millionen Arbeitslose aufzusaugen und zwar war dies möglich für eine Zeitepoche der Konjunktur, die vom Mai 1927 bis Oktober 1927 lief. Also in einer Konjunktur von 6 Monaten war es dem deutschen Kapital gelungen, einen Aufsaugungsprozeß in einre ganz unerhörten Form durchzuführen. Im November hatten wir schon statt 500 000 Arbeitslose 750 000 und Ende Februar sogar 1,6 Millionen Arbeitslose. Wir sehen, wie ungeeuer schnell sich diese Konjunkturperiode aufhob. Andererseits geben selbst die Kapitalisten zu, daß innerhalb des Jahres 1927 der Nominallohn bloß um 4,5 Prozent gestiegen sei, während der Großhandelsindex um 8—9 Punkte gestiegen ist. Also sehen wir hier wieder ganz klar, selbst nach der Statistik, wie es das Kapital fertig bringt, daß jede Konjunktur des Kapitalismus in seiner heutigen Form notwendigerweise ein Mißerfolg für die Arbeiterschaft sein muß. Wenn wir damit die Periode des Aufstiegs des Reallohnes in Deutschland vom Jahre 1870 bis zum Jahre 1900 vergleichen, so werden wir ein ganz anderes Bild aus der damaligen Zeit gewinnen. Dasselbe würde sich für diesen Fall in England und in den sonstigen, auf kolonialer Ausbeutung beruhenden kapitalistischen Wirtschaftsstaaten ergeben.

Diese Form der sich ganz kurz hintereinander ablösenden Zeiten von Konjunktur und Krise, **das ist der Prozeß, den wir als die Todeskrise des Kapitals bezeichnen.** Es ist ganz richtig, daß das Kapital in gewisser Beziehung eine Stabilisierung gegenüber den auf einer starken Umlagerungsnotwendigkeit bestehenden Verhältnissen des Jahres 1918 vollzogen hat; es hat sich sowohl ökonomisch als auch politisch ganz erheblich gestärkt, es ist ihm eine gewisse Reorganisation seiner gesamten Wirtschaft gelungen. Aber wir fragen ja vor allen Dingen danach, wie sieht diese Organisation aus und welche Zukunftsaussichten hat diese Form der Reorganisation? Eine Stabilisierung kann ja nur dann erfolgen, wenn das Kapital lange Epochen der Ausbeutungsmöglichkeit einer Konjunktur hat. Wenn wir heute sehen, daß eine derartig auf die Höhe getriebene Rationalisierung, wie sie in der Epoche des Jahres 1926-27 in Deutschland erfolgt ist, nach einem halben Jahr die Konjunktur wieder zusammenbrach, wenn neue erweiterte Reproduktionsbasen notwendig sind, um wieder einen Anlauf für das Kapital zu haben, so ist es tatsächlich eine Sysiphusarbeit, die das Kapital mit diesen kurzen Anläufen und katastrophalen Zusammenbrüchen immer wieder vollzieht.

Selbstverständlich versucht das Kapital, diese Anläufe auszugestalten. Was ist aber diese Ausgestaltung? Diese Ausgestaltung beruht immer darauf, daß man künstlich die Arbeitslosenmengen in einen aktiven Arbeitsprozeß, den man entwickeln möchte, hineinwirft. Um das praktisch zu sagen, man nimmt also hauptsächlich den Baumarkt. Diese Uebernahme ist aus den amerikanischen Verhältnissen sehr offensichtlich; denn die amerikanische Konjunktur, soweit sie immer noch Konjunktur ist, ist „eine typische Baukonjunktur", wie man in den Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung geradezu sagt, „daß Amerika einen Neuaufbau vollzieht, und zwar aus seinem eigenen Reichtum der kapitalistischen Möglichkeiten, indem es dadurch eine Erweiterung seiner Produktionsbasis schafft, was dann überströmt auf die übrigen Industriezweige. Dieser Prozeß hat sich in Deutschland auch wiederholt, wir haben ihn aber nur ein halbes Jahr lang haben können, während Amerika mehrere Jahre dazu in der Lage war. Denn es ist ganz klar: Amerikas Kapitalismus arbeitet auf Grund eines ganz anderen kapitalistischen Reichtums, auf einer ganz anderen Akkumulationsbasis und hat eine ganz andere Möglichkeit der Ausnutzung seiner Akkumulation durch diesen Kapitalexport, der immer wieder nicht ein reiner Kapitalexport ist, sondern immer wieder eine Erhöhung der Produktivität ist und niemals Amerika zu einem Rentner- und Wucherstaat machen würde. Amerika wird, trotzdem an der Spitze der Produktionserweiterung stehend, lange innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft tonangebend bleiben.

Wenn wir nun diese Entwicklung der kurzfristigen Konjunkturen und des außerordentlich starken Wechsels in der Arbeitslosigkeit betrachten, so müssen wir uns fragen, wie weit ist denn eigentlich die kapitalistische Produktion auf normaler Basis imstande, die Arbeitslosen aufzusaugen, d. h. das ist die Frage der strukturellen Arbeitslosigkeit. Dazu kann man nur sehr einfach das eine sagen, je weiter die Entwicklung geht und je stärker der Abschluß der einzelnen Länder ist, um so stärker ist auch die strukturelle Arbeitslosigkeit, und diese strukturelle Arbeitslosigkeit ist das Merkmal der gesamten kapitalistischen Entwicklung. Früher haben wir eine fluktuierende Arbeitslosigkeit gehabt im wahren Sinne des Wortes. Heute geht die Arbeitslosigkeit weit über das fluktuierende Maß hinaus. Das sehen wir aus der starren Arbeitslosigkeit von Arbeitern, die, wenn sie einmal aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen sind, oft 52 Wochen und darüber arbeitslos bleiben. Eine derartige Erscheinung der Dauerarbeitslosigkeit haben wir in den früheren Epochen des Kapitalismus niemals gehabt. Der Weg zur konjunkturlosen Wirtschaft, wie man ihn in Amerika sich zu vollziehen glaubt, ist Unsinn. Deutschland will ja auch durch seine Konjunkturforschung diesen Weg der konjunkturlosen Wirtschaft gehen. Aber was bedeutet dieser Weg? Dieser Weg bedeutet nur den Versuch der Ausgleichung innerhalb der Einzelwirtschaft, indem man einzelne Wirtschaftszweige als Ausgleich in Gang setzt, um sie nicht vollkommen zu ruinieren. Anderseits hat aber das heutige Bankkapital einen sehr guten und einen sehr ausdrucksvollen Weg der konjunkturlosen Wirtschaft, indem nämlich je nach der Notwendigkeit die Kredite erhöht oder eingeschränkt werden. Erinnern wir uns der deutschen kapitalistischen Entwicklung. In Deutschland hat man zuerst eine Konjunktur durch Laufenlassen des Kredits in Gang gesetzt, hat dann plötzlich die Kredite eingeschränkt und auf diese Weise diese Konjunktur dann wieder langsam zusammengezogen. Die kleinen und mittleren Betriebe, die sich der Einschränkung des Kredits nicht gewachsen fühlten, wurden praktisch stillgelegt und auf diese Weise eine Kapitalsakkumulation und Konzentration herbeigeführt. Die Aufsaugung der kapitalistischen Akkumulation vollzieht sich heute größtenteils auf dem Wege über die Banken und über die Börse. Früher war die Börse noch ein Faktor der kapitalistischen Entwicklung, solange eine Zahl Unternehmer aus der Börse ihre Entwicklung vorwärts schoben. Heute hat die Börse diese Rolle verloren und wird dazu gebraucht, um das breite Publikum zum Ankauf von Börsenpapieren zu bringen und von ihnen die Summen, die nicht in den Produktionsprozeß zurückfließen, zu sammeln, ferner die Werte, die auf dem Börsengeschäft entstehen, einzuziehen und dann selbst wieder gleichmäßig die Akkumulation in die ursprünglichen Quellen des Bankkapitals zurückzuführen. Früher sackte die Geldzirkulation in das Industriekapital zurück, in den Warenumsatz. Heute haben die Banken die vollkommene Kontrolle selbst in der Hand, und das Bankkapital ist die ursprüngliche Schicht des kapitalistischen Aufbaues in der Nachkriegsepoche. Darüber muß man sich vollkommen klar sein, wenn man eine Erkenntnis über die herrschende oder nichtherrschende Schicht haben will, muß man diese Rolle aus der gesamten Entwicklung bewußt herausschälen. Das beweist auch praktisch-politisch der Weg der Arbeiterschaft, die als mitwirkende Kraft an dem kapitalistischen Aufbau herangezogen worden ist in der ersten Zeit, während sich später ihr Einfluß verringert hat, was aus dem Rückschlag der Beteiligung der Reformisten an den offiziellen Regierungen in den einzelnen kapitalistischen Ländern hervorgeht. Wir haben das beste Beispiel dafür in Deutschland. In Deutschland ist seit dem Beginn der sogenannten Stabilisierung der „Bürgerblock", d. h. das durch das Bankkapital kontrollierte Industrie- und Agrarkapital zur ausschlaggebenden Macht geworden. Daß zwischen diesen einzelnen Gruppen Unstimmigkeiten über die Form der Herrschaft bestehen, ist selbstverständlich; denn jede Gruppe vereinigt in sich ganz bestimmte Interessen in seiner Form als einzelne politische Partei, und diese Formen werden heute noch auf der Basis der parlamentarischen Demokratie nach außen hin vertreten. Der Parlamentarismus ist heute nur eine Kulisse, hinter der man seine Kämpfe vollziehen muß, weil der Parlamentarismus noch ein Moment der Betätigung der parlamentarischen Arbeiterparteien bildet. Solange die Sozialdemokratie und große Teile der Arbeiterschaft sich noch vom Parlamentarismus täuschen lassen, solange muß auch das Kapital den Parlamentarismus benutzen und wird ihn benutzen, den er ist eine Herrschaftsform, mit der es den Ausbruch des Klassenkampfes in seinen aktuellsten Formen hinanhalten kann. Wenn wir heute uns in einer Epoche des Wahlkampfes befinden, müssen wir uns auch darüber klar sein, ob in dieser Epoche irgendwelche Arbeiterinteressen von ausschlaggebender Bedeutung sind. Offiziell wird der Kampf zwischen „rechts" und „links" geführt, offiziell stehen auf der einen Seite die Arbeiter, auf der anderen Seite die Bürger. Das ist aber nur offiziell, denn diese Offizialität ist die bewußte Form, in der das Bürgertum den ökonomischen Kampf in einen politischen ummünzt. Es glaubt, daß dieser politische Kampf die Arbeiterschaft vom ökonomischen Kampf abhalten wird. Es täuscht politischen Kampf vor und versucht so, den ökonomischen Kampf zu verneinen. Das ist charakteristisch. Es schließt sich daran, fast kann man sagen, an die Arbeiterideologie an, denn die Parteien, auch die sogen. Arbeiterparteien sagen ja, daß der politische Kampf das wesentliche ist gegenüber der Bourgeoisie, daß erst die politische Macht erobert werden muß, damit man auch die ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten hat. Diese ungeheure Geschicklichkeit, diesen Kampf in einen politischen umzumünzen, ihn als Kampf um die Macht den Arbeitern zu propagieren, ist das höchste, möchte man fast sagen, was die Sozialdemokratie an Verblödung des Proletariats sich leisten kann. Hier wird der Kampf eben als Kampf der Sozialdemokratie gegen die „Reaktion" aufgezogen.

Entstanden ist der Kampf aus dem Gegensatz zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen, entstanden ist er als Kampf um die Herrschaft der neuen Generation, z. B. beim Reichsschulgesetz. Dieser Schulkampf ist ganz bewußt von beiden Parteien in die Mitte des Problems gestellt worden. An und für sich kann man sich vollkommen darüber klar sein, daß das Zentrum im Wahlkampf nichts zu gewinnen hat; denn einmal selbst wenn eine Linksmehrheit kommt, so wird ihm, dem Zentrum, die Sozialdemokratie nicht die Konzessionen machen können, wie sie ihm die Deutschnationalen gemacht haben. Aber das Zentrum muß heute unbedingt seine Arbeiter bei der Stange halten. Für diese ist der Wahlkampf als Kampf um die heiligsten Interessen des katholischen Proletariats die beste Parole, die es für eine Wiederkehr an die Machtpositionen des Staates haben kann. Genau so ist es bei den Deutschnationalen der Fall. Sie versuchen, den Kampf als eine Auflage des alten „Kulturkampfes" noch einmal aufzuziehen, sie wollen die Vorkämpfer gegen Rom, gegen den Katholizismus sein und suchen hier wieder die Arbeiterschaft bei einer ganz abseits des ökonomischen Ziels der Arbeiterschaft liegenden Tendenz zu fassen. Sie wollen den Gegensatz, der zwischen den polnischen katholischen Landarbeitern und den deutschen evangelischen Landarbeitern herrscht, zu einer ausschlaggebenden Frage machen. Für das Zentrum wiederum ist seine Herrschaft im Rheinland und im Industriezentrum davon abhängig, daß es weiterhin die Arbeiterschaft bei der Kirche hält. Also spielt sich die ganze Neuwahl auf dieser Basis des Kuhhandels um die Arbeiterstimmen ab.

Dabei ist zu betonen, daß gerade bei der Konstruktion innerhalb der deutschen Parteien ein Parlament, das mit Linkswahlen den Einzug hält, mit einer Rechtsmajorität die Herrschaft beginnen kann. Es brauchen bloß ganz kleine Verschiebungen stattzufinden, wie wir sie schon gewohnt sind, z. B. der „linke" Marx wird der „rechte" Marx. So sehen wir das Spiel nach den Wahlen sich wiederholen, und wenn auch eine „sogenannte parlamentarische Möglichkeit besteht, man den „Bürgerblock" wieder aufrichten wird, wenn man auch heute getrennt marschiert. Die Aufgaben, die die Kommunistische Arbeiter-Partei in dieser Situation hat, sind ganz klar. Es braucht absolut nicht wiederholt zu werden, daß sie diesen Betrug aufzudecken hat. Wir haben ja darauf hinzuweisen, daß sich auch die KPD., solange sie sich an diesem Schwindel beteiligt, mitschuldig an dem Verrat gegenüber der revolutionären Tradition der Arbeiterschaft macht. Sie ist gerade sozusagen die Führerin in diesem Streit, nämlich mit Rücksicht auf die Bindung der revolutionären Elemente an dem Parlamentarismus da die Bourgeoisie den Bürgerblock in Szene setzt, wenn sie eine Ablenkungsnotwendigkeit darin erblickt. Sie braucht mehr als eine Ablenkungsnotwendigkeit. Wie wir gegenüber der KPD. als Filiale von Moskau stehen, ist, wie ich schon hervorgehoben habe, in vielen Artikeln in der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung bereits dargelegt worden.

•

Zum Schluß möchte ich noch etwas über die russische Entwicklung sagen. Auch hierbei kann ich mich kurz fassen, da in den Nummern 22, 25 und 26 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung eine Artikelreihe über die russische Entwicklung erschienen ist. In dieser wird besonders klar hervorgehoben, daß die neueste russische Entwicklung, die Entwicklung auf der Grundlage eines 5jährigen Planes des Wirtschaftskommissariats (Gosplan), auf der Warenwirtschaft beruht. Daß diese Entwicklung nicht beruht auf der Planwirtschaft für diese Konsumenten, sondern auf einer Planwirtschaft für die Produzenten. Aus der Produktion soll die innere Akkumulation herausgeholt werden. Derselbe Prozeß vollzieht sich also hier, wie in der Kapitalistenwirtschaft. Der einzige Unterschied ist, daß man eine planmäßige Verwendung der Akkumulation vorsieht, damit die Steigerung der Akkumulation sich immer stärker vollzieht. Selbstverständlich ist ebenfalls, daß bei dieser Akkumulation diejenigen die Nutznießer sind, auf denen die Akkumulation beruht. Das ist nach dem Gosplan ganz klar, sie beruht auf der kapitalistischen Warenwirtschaft, auf dem Getreideexport, also auf einer gewissen Spekulation. So bietet der Gosplan praktisch weiter nichts als eine Stärkung der Kulakenwirtschaft. Das ist eine absolut feststehende Tatsache: die weitere Entwicklung in der Richtung zum vollendeten Kapitalismus, d. h. in der Form des Rückhalts der sogenannten nationalisierten Industrie. Die nationalisierte Industrie arbeitet ja auch auf Profit, sie arbeitet auch nach Angebot und Nachfrage. Es ist bloß ein erweiterter sozusagen preußischer Eisenbahnfiskus, der sich in Rußland aufgetan hat. Weiter nichts anderes trifft zu, als was über diesen Eisenbahnfiskus gesagt werden kann, denn auch die Arbeiter sind nicht direkt Subjekt der russischen Wirtschaft, sondern sie sind genau wie in der kapitalistischen Wirtschaft Objekt der russischen Wirtschaft.

Gebundene Jahrgänge.

„KAZ". 1924—1927 pro Band . . . M. 12.—
„Proletarier" 1925—1927 pro Band . . . M. 6.—
Proletariereinbanddecken pro Stück . . . M. 1.—
Einbinden pro Jahrgang . . . M. 1.—

Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Sachsen

Bericht über die Lage im Metallarbeiterkampf.

Der seit Wochen bestehende krisenhafte Zustand in Sachsen ist gestern beendigt worden. Die Vereinigung Sächsischer Metallindustrieller hat die Aussperrung der Belegschaften, die schon seit dem 11. April in allen Fabriken angekündigt war, durchgeführt, und die Leipziger Metallindustrie hat sich diesem Beschluß ebenfalls mit unterworfen, und ab heute, Freitag, den 13. April, auch für das Leipziger Tarifgebiet die Aussperrung durchgeführt.

Die ganze bisherige Taktik der Gewerkschaften stützte sich auf den Unterschied zwischen dem Leipziger, und dem übrigen Tarifgebiet in Sachsen. Während die Unternehmer mit allen Mitteln versuchten, beide Tarifgebiete zu Unterhandlungen zu gleicher Zeit vor den Schlichter zu bringen, versuchten die Gewerkschaftsinstanzen für das Leipziger Tarifgebiet Sonderverhandlungen durchzudrücken. Der Sinn des Aussperrungsbeschlusses der Unternehmer für das gesamte Land Sachsen war, diesen Plan der Gewerkschaftsbürokratie zu durchkreuzen und in einheitlichen Verhandlungen vor dem Schlichter die bisher bestehenden geringen Vorzüge des Leipziger Tarifgebietes gegenüber anderen Teilen Sachsens aufzuheben. Der Leipziger Manteltarif unterscheidet sich von dem Tarif für die übrige sächsische Metallindustrie in zwei Punkten:

1. In der Regelung der Ferienfrage, die in unserem Gebiet bisher für die Arbeiter günstiger war.
2. Durch die Festlegung der 48-Stunden-Woche für das Leipziger Tarifgebiet, während in den übrigen Teilen Sachsens durchweg die 51-stündige Woche tariflich festgelegt war.

Einer der Hauptstreitpunkte zwischen Gewerkschaftsführung und Industriellen war die Beseitigung der im Tarifvertrag festgesetzten mittleren Lohnstufen. Die Gewerkschaften halten an dieser Staffelung fest, während die Unternehmer sie beseitigt wissen wollen.

Bei den am Mittwoch, den 11. April, begonnenen neuen Verhandlungen vor dem Landesschlichter in Dresden stellten die Vertreter des DMV. folgende Forderungen auf:

Die unteren und mittleren Lohnstufen erhalten eine Aufbesserung von 10 Prozent, die höchste eine solche von 15 Pfennig pro Stunde. Außerdem bleiben die Bestimmungen des bisherigen Manteltarifs über Urlaub und Arbeitszeit bestehen.

Diese Forderungen lehnten die Unternehmer vor dem Schlichter ab. Die Gewerkschaften führen nun trotz aller Niederlage ihrer verbrecherischen Streiktaktik der Isolierung einzelner Berufe und Gebiete einen nutzlosen Kampf um die Verbesserung der Lage des Proletariats im Rahmen des Kapitalismus. Weil die Herren Bonzen wissen, daß die Verbesserung der Lage der proletarischen Klasse nur durch das Risiko der politischen Revolution möglich ist, die sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, versuchen sie eine auf die Dauer naturgemäß unhaltbare Politik auf dem Rücken des Proletariats.

Am Freitag, morgens 9 Uhr, fanden in allen Bezirken Leipzigs öffentliche Metallarbeiterversammlungen statt, in denen Bericht gegeben wurde über die Lage und den Stand der bisherigen Verhandlungen. Die Gewerkschaftsinstanzen wollen ihre ursprüngliche oben angeführte Forderung aufrechterhalten, Bezirksstreikkomitees wurden gebildet und alle Notstandsarbeit als Streikbrecherarbeit bezeichnet. Es erging sogar die Aufforderung an die Kriegsbeschädigten, die Betriebe zu verlassen. Ueber die Aussichten des Kampfes wurde in den Versammlungen überhaupt nicht diskutiert. Die Redner der KPD. stehen auf dem Standpunkt der Gewerkschaften und mischen ihre Ausführungen mit einem leisen Tadel des Schlichtungswesens. Die einzige Organisation, die mit offenen und klaren Parolen die Aktion vorwärts zu treiben suchte, war die Allg. Arb.-Union. In der größten Leipziger Metallarbeiterversammlung sprach ein Genosse von uns. Die Forderung nach revolutionären Aktionsausschüssen, Beseitigung der bankrotten Gewerkschaftsführung durch diese Ausschüsse, fanden den Beifall eines großen Teiles der Versammlung. In seinen Schlußbemerkungen kündigte der Berichterstatter des DMV. an, daß, wenn die Arbeiter-Union ihre Agitation in den Massenversammlungen fortsetze, die Verbandsleitung dazu übergehen würde, geschlossene Bezirksversammlungen des DMV. abzuhalten, um die „Gewerkschaftszersplitterer" fernzuhalten.

Diese Drohung beweist die Angst der Gewerkschaftsbürokraten vor der Agitation für Durchführung einer wirklichen zielbewußten Abwehr des Unternehmertums.

Am Montag, den 16. April, findet in Leipzig eine von uns einberufene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher die Losung zur Bildung revolutionärer Kampfausschüsse praktisch verwirklicht werden soll. Die Bewegung der Metallarbeiter in Leipzig steht nach den langwierigen Verhandlungen vor einer neuen Phase. Der direkte Kampf ist unvermeidlich. Je länger die Aussperrung dauert, desto klarer wird den Proleten ins Bewußtsein gehämmert werden, daß mit den alten Mitteln gewerkschaftlichen Kampfes keine Aktion mehr zu führen ist. Die neuen Formen des revolutionären Massenkampfes müssen in der Aktion selbst entstehen und unsere Aufgabe wird es sein, durch Propagierung der Ziele unserer Organisation dem revolutionären Elan, der in den Metallarbeitern Leipzigs schlummert, zu erwecken und ihm organisatorischen Ausdruck zu geben durch die Bildung revolutionärer Streikkomitees — trotz alledem!

Organisatorische Mitteilungen

KAP. Groß-Hamburg.

Die nächsten Veranstaltungen.

Dienstag, den 17. April, bei Eckelmann, Ecke Bartholomäus- und Hamburger Straße. Bericht vom Parteitag. Unionsgenossen sind hiermit eingeladen.

Freitag, den 27. April, öffentlicher Diskussionsabend in Eimsbüttel. Näheres folgt.

Dienstag, den 1. Mai, Gesamtveranstaltung.

•

Leipzig.

West. Jeden Donnerstag, abends, öffentliche Zusammenkunft im Lokal „Leutzscher Tor", Leutzscher-, Ecke Flemmingstraße.

Groß-Berlin.

22er Kommission und Zentrale KAP. und AAU.

Gemeinsame Sitzung

Mittwoch, den 18. April 1928, pünktlich abends 7.30 Uhr, im Lokal von A. König, Berlin O 17, Lange Straße 53.

Wichtige Tagesordnung!

Arbeitsausschüsse KAP. und AAU.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 30

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, April 1928.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Proletarische Abrechnung!

Proletarier! Langsam und systematisch zieht sich das Wahlungewitter über euch zusammen. Noch halten alle parlamentarischen Parteien mit den großen Attraktionen zurück. Aber je näher der Tag der „Entscheidung" heranrückt, desto gewaltiger werden die Anstrengungen, euch vollends zu benebeln. Die Spekulation auf die niedrigsten Instinkte, auf die geistige Armut, auf die primitivsten Vorstellungen werden dieses Mal Formen annehmen, die jeden klaren Gedanken in einem Meer wogender Dummheit ersäufen sollen. Wenn inmitten dieses Karnevals zur Verdunkelung proletarischer Klassenkampferkenntnisse auch die angekündigten Wahlesel der KPD. ihr Unwesen treiben, so zeigt dies uns auf, daß alle Parteien des bürgerlichen Parlamentarismus sich in demselben Sumpf ideologischer Verfaulung wälzen. Wenn der jüngste Sproß parlamentarischer Bauernfänger, der „Lenin-Bund", in diesem parlamentarischen Froschteich sein Liedchen von der „Diktatur des Proletariats" flötet, so zeigt dies nur, daß parlamentarischen Geschäftemachern keine Parole zu „radikal" ist — als Reklame für ein ordinäres Geschäft.

Denkt nach! Schon die Tatsache, daß der Unverstand der Massen zur Plattform für die „Abrechnung" erkoren wird, müßte euch zu denken geben. Nicht mehr der Unverstand der Massen ist der Feind, den sie am meisten hassen, sondern proletarische Erkenntnisse in Klassenkampfnotwendigkeiten wollen sie vernichten. Und ihr, Proletarier, laßt euch allzu willig als Staffage für bürgerlich-parlamentarische Politik gebrauchen, trotzdem eure Lage immer hoffnungsloser, immer verzweifelter wird. Rafft euch endlich auf! Werdet euch eurer Würde als Träger proletarischer Gesellschaftswissenschaft, als Vollstrecker proletarischer Mission bewußt. Reißt die euch angelegten Scheuklappen herunter: Nehmt den Kampf auf mit uns, gegen die Verdummung und ideologische Vergiftung des Proletariats.

Um was geht es? Zehn Jahre „Marsch zum Sozialismus" wurden zu zehn Jahren kapitalistischer Offensive gegen die Arbeiterklasse. Die alte parlamentarisch-gewerkschaftliche Arbeiterbewegung war in jenem Moment, wo es der kapitalistisch-militaristischen Konterrevolution offen die Zähne zu zeigen galt, von dem reformistischen Gift so zersetzt, daß die in Hörigkeit geschlagenen Massen bei Kriegsausbruch zähneknirschend, aber hilflos zusehen mußten, wie ihre „bewährten Führer" zynisch die Fahne der Revolution als lästigen Ballast über Bord warfen und sich der weißen Konterrevolution schamlos vor die blutbefleckten Stiefel warfen. Die Götterdämmerung des Kapitalismus ward zur Götterdämmerung des Reformismus. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wurden zu den ordinärsten Huren einer bankrotten Bourgeoisie. Kommt euch nicht das Grauen an, ob der „Abrechnung", die sie euch versprechen?!

Ihre Politik ist dieselbe geblieben! Sie dienten dem Imperialismus auf dem „Felde der Ehre" und dienen ihm auf dem „Felde der Arbeit"! Sie haben die Revolution im Blute erwürgt und haben die kapitalistische Demokratie auf den Schild gehoben. Sie haben die Schlichtungsordnung geschaffen! Sie haben das Proletariat im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft zu Ueberstunden gepeitscht. Sie haben euch durch die Hölle der Inflation gejagt. Sie haben der kapitalistischen Klassenjustiz gegen das verzweifelte Proletariat die Feder eingetaucht für die „Recht"sprechung gegen das kämpfende Proletariat. Sie haben im Ruhrkrieg sich in stinkendem Patriotismus überschlagen. Sie würgen alle Kämpfe ab mit Hilfe der „wirtschaftsdemokratischen" Schlichtungsjustiz, die ihr Werk ist und hinter die sie sich heuchlerisch verstecken, weil sie schon so verbürgerlicht sind, daß sie gar nicht mehr begreifen, daß das Recht des Proletariats nicht das Recht der Ausbeuter des Proletariats sein kann.

Mit dieser Politik gilt es zu brechen!

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen — der Konterrevolution geworden! Die bürgerliche Demokratie ist die Wolfsgrube für das kämpfende Proletariat! Wer an der Staatsmaschinerie des Kapitalismus die Feuer schürt, damit der Unterdrückungsapparat gegen die einer immer unerträglicher werdenden Ausbeutung unterworfenen Proletariats anrennen kann, — das dürfen keine proletarischen Sorgen sein! Wer einen Hungerschiedsspruch heilig spricht, — ist ein Feind des Proletariats, ganz gleich, ob er sich mit einem schwarz-weiß-roten, schwarz-rot-goldenen oder roten Schlips maskiert. Wer diesen Totengräbern proletarischer Gegenwehr die Massen zutreibt, in den Gewerkschaften oder in den Wahlklosetts, — der ist entweder ein kleinbürgerlicher Narr, oder ein bewußter Betrüger der Arbeiterklasse. Das Proletariat muß heraus aus jener Atmosphäre stinkender Instanzenpolitik und erniedrigender Degeneration. Muß heraus aus eigener Willenlosigkeit und konterrevolutionärer Finsternis. Muß heraus aus niederziehender Knechtseligkeit gerissenen Gauklern gegenüber, — und muß **seine** Politik, **seine** Aufgaben, seine Zukunft erkennen.

Zieht die Lehre! Daß die schwarz-rot-goldene Noske-Partei nach wie vor mit den anderen kapitalistischen Parteien die Sessel teilen wird, ist so sicher wie der Frühling nach dem Winter. Daß die KPD. als der gelehrige Pudel russisch-kapitalistischer Staatspolitik nicht aufhören wird, das Proletariat an den ADGB. zu verschachern, ist so klar, wie ihre Phrasen, mit denen sie diese Politik als „kommunistisch" zu verbrämen versucht, unklar sind. Gewerkschaftspolitik bedeutet in der Periode der proletarischen Revolution Kampf gegen das Proletariat, das diese Ordnung bei Strafe seines Unterganges stürzen muß. Parlamentarismus bedeutet in der Periode der proletarischen Revolution die ideologische Fesselung des Proletariats an die bürgerliche Ordnung. Bedeutet den Kampf gegen proletarische Klassenerkenntnisse, bedeutet die Mobilisierung der kleinbürgerlichen Ideologie gegen den Kommunismus. Die Handlangerdienste der KPD. in Mecklenburg, ihr Verrat in Sachsen in allen Kämpfen des Proletariats sind nur die unvermeidlichen Früchte ihres konterrevolutionären Kurses. Wenn der „Lenin-Bund" diese „Grundsätze" von neuem zum Programm erhebt und verspricht, den parlamentarischen Baum zu beschwören, auf daß er andere Früchte trage, so erniedrigt er damit die Erfahrungen des Klassenkampfes zu einer medizinischen Angelegenheit und verwechselt den Kommunismus mit den geistigen Defekten bornierter Pathologen.

Wahlkampf ist Kampf gegen Wahlbeteiligung! Klassenkampf ist Kampf gegen die kapitalistische Demokratie und ihre Nutznießer! Die Zeit ist gekommen, wo die breiten Massen sich besinnen müssen auf ihre eigenen Erfahrungen. Die geknechteten Massen müssen sich erheben und müssen in der eigenen Aktion die kapitalistischen Knebelungsgesetze außer Kurs und Geltung setzen. Die Aktion des Proletariats muß in den Händen des Proletariats selbst liegen. **Revolutionäre Betriebsorganisationen** als die Grundpfeiler revolutionärer Aktion und der Quellen proletarischer Solidarität gegen konterrevolutionäre Schlichtungs- und Gewerkschaftspolitik — ist der Weg, den das Proletariat gehen muß. Dem Parlamentarismus als der Quelle ekelhaftester Gesinnungslumperei und zersetzender Korruption stellt das revolutionäre Proletariat entgegen die Waffe der revolutionären Räte als die Motore seines Kampfes gegen den Kapitalismus und das Symbol seiner Herrschaft als siegreiche Klasse.

Besinnt euch, Proletarier! Eure Zukunft steht auf dem Spiel! Werft alle lähmenden lächerlichen Illusionen von euch! Kämpft mit dem revolutionären Proletariat. Die Augen auf! Die Reihen endlich geschlossen! Hart im Herzen und hart die Faust gilt es die Front der Massenverdummung zu durchbrechen, um allen Kämpfen unserer Klasse die Plattform in Organisation und Geist zu geben, die sie erheben über den Sumpf der reformistischen Konterrevolution und sie befähigen, die eigenen Fesseln und damit die stärksten Fesseln einer bankrotten Gesellschaftsordnung zu zerbrechen!

Um proletarische Abrechnung zu halten!!

Die Grundlagen des Wahlkampfes

Die Wahlen zum verflossenen Reichstag im Dezember 1924 standen im Zeichen des Kampfes um den Wiederaufbau der imperialistischen Machtstellung des deutschen Kapitals. Im August 1924 hatte der Mai-Reichstag seine Unterschrift unter den Dawes-Reorganisationsplan des internationalen Kapitals gesetzt. Damit hatte er auch gleichzeitig sein Todesurteil vollzogen. Der Kampf für und gegen die Erfüllungspolitik hatte sein Ende dadurch erreicht, daß die stärkste Oppositionspartei schließlich selbst durch Abkommandierung eines sehr erheblichen Teiles ihrer Mitglieder positiv für den Dawesplan eintreten mußte. Das deutsche Kapital hatte bis zu diesem Zeitpunkt bewußt die Verantwortung für die aus dem verfehlten Krieg entstandene Belastung den Parteien des Kleinbürgertums und ihrer Staatsform, der Republik, zugeschoben. Die Hilfsstellung, die das Handels- und Bankkapital dem Kleinbürgertum zuteil werden ließ, war zur Aufrechterhaltung der Ordnung absolut notwendig. Sobald aber die Sabotage der Erfüllungspolitik, die in Wirklichkeit eine ungeheure Ausbeutung der Arbeiterschaft auf Grund der angewandten Geldmittel darstellte, sich als undurchführbar und ruinös erwies, mußte das deutsche Kapital wieder zu einer aktiven Wirtschaftspolitik übergehen. Die Fehler der Vergangenheit, die zu einem erheblichen Tiefstand der gesamten Produktionstechnik gegenüber dem Weltstandard geführt hätten, mußten durch verdoppelte Anstrengung wieder gut gemacht werden. Dazu war vor allen Dingen ein System beschleunigter Akkumulation notwendig, die nur durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterschaft erreicht werden konnte.

Die Umorganisation der Wirtschaft bedeutete ohne weiteres verschärften Klassenkampf. Je schneller die Stoppuhr in der Rationalisierung der Wirtschaft sich auswirkte, um so stärker wurden die an die Arbeiterschaft gestellten Anforderungen. An und für sich mußten diese Methoden der Ausbeutung einen ungeheuren Widerstand im Proletariat entfesseln. Die Maschine wuchs immer ungeheuerlicher über den Menschen hinaus. Das Produktionsquantum des einzelnen Arbeiters wuchs von Tag zu Tag, dagegen fiel der prozentuale Anteil des einzelnen fortwährend. Diese Differenz mußte eine dauernde Spannung zwischen Arbeit und Kapital herbeiführen. Es war deshalb eine dringende Notwendigkeit für das Kapital, seinen Einfluß und seine Beherrschung der staatlichen Machtmittel straffer zu gestalten. Die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, wurde von ihm als praktisch gleichgültig erkannt. Sie war für die Entwicklung des Hochkapitalismus von unwesentlicher Bedeutung. Die Republik hatte sich als Unterdrückungsmaschine in den Jahren seit der Revolution und besonders im Jahre 1923 ausgezeichnet bewährt. Das Kampfgeschrei um die „schönere" Flagge war nur ein Konkurrenzkampf um die Stimmen und die ideologische Einbeziehung des bisher die indifferente Masse bildenden Kleinbürgertums.

Die Sozialdemokratie wurde das Wahrzeichen der kleinbürgerlichen Emporkömmlinge der November-Revolution, während die depossedierten und deklassierten Mittelständler der wilhelminischen Epoche mit ihren um die Karriere betrogenen und zu einem neuen Aufstieg bestrebten Anhängern sich um die Deutschnationale Volkspartei scharten. Deshalb führte die Sozialdemokratie den Wahlkampf im Dezember 1924 unter der Devise „durch Erfüllungspolitik zum echten Frieden, für Volksverständigung, gegen den Wahnsinn der Revancheidee", während sie für den inneren Kampf sich mit der farblosen Parole für Republik und Demokratie, gegen Monarchie und Diktaturgelüste begnügen mußte. Die Deutschnationalen legten aber

das Schwergewicht der Propaganda auf die innere Entwicklung. Sie sammelten um sich die Massen der Inflationsgeschädigten und versprachen ihnen die Wiederherstellung ihrer alten Machtposition. Deshalb führten sie den Wahlkampf im Zeichen der Aufwertung. Sie war die aufgehende Sonne für die Scharen der Betrogenen. Es gelang ihnen das Kunststück, ihre eigene Schuld zu verbergen und sich als die Zimmerleute des neuen Glücks zu präsentieren. Die deutsche Republik war nach der von ihnen verbreiteten Schauermär verantwortlich für den Ruin der deutschen Wirtschaft. Die Demokratie und ihre Methoden mußten abgeschafft werden. Der Aufbau der Wirtschaft und die Wiedereinsetzung der allein zur Ausübung der Macht befähigten Schicht des Bürgertums könne allein durch die Deutschnationale Partei garantiert werden.

Damit begann die Offensive des deutschen Kapitals gegen das Proletariat. Die Aufwertung selbst war ein nebensächlicher Faktor und ein zweischneidiges Schwert für die deutsche Bourgeoisie. Es wurde im großen und ganzen eine Aufbesserung von 10 Prozent gegeben, soweit es sich um den Grundbesitz handelte, während die Erhöhung bei den staatlichen und städtischen Anleihen sowie bei den Industrieobligationen kaum nennenswert war. Die Auslandsdeutschen und die sonst durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages geschädigten Personen wurden mit einem lächerlich geringen Betrag abgespeist. Um so energischer wurde aber die innere Reorganisation betrieben. Die „Wirtschaftsdemokratie" wurde zu einem der stärksten Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft ausgebaut. Sie verhinderte die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung des Klassenkampfes. Besonders ließ sich die Bourgeoisie die ideologische Beeinflussung der Arbeiterschaft angelegen sein. Eine ganze Reihe von Gesetzen und ein mit Hilfe der Justiz energisch durchgeführter Kampf gegen die revolutionäre Literatur dämmte die legalen Möglichkeiten der Entwicklung revolutionärer Propaganda ein. Dem Zwang zur Arbeit unter der Schlichtungspeitsche diente auch eine immer rigorosere Einschränkung der Sozialgesetzgebung.

Nachdem diese auf allgemeiner kapitalistischen Basis beruhenden Kampfgesetze der Bourgeoisie gegen das Proletariat erledigt waren, kamen die Spezialgesetze zur Sicherung der Herrschaft der einzelnen Schichten an die Reihe. Die alten Kampfobjekte, Kirche und Schule, wurden der Spaltungspilz für den sonst einigen Bürgerblock. Sie sind die wichtigsten Elemente der Herrschaft der Bourgeoisie und gleichzeitig auch die stärksten Stützpunkte der Herrschaft der einzelnen bürgerlichen Parteien. In der Schule wird das Fundament zur Stellungnahme zur Gesellschaft gelegt. Die Bourgeoisie hat dies ganz klar durch Einführung einer Staatsbürgerlehre gelegt. Hier wird der idealistische Ueberwurf über die kapitalistische Ordnung in das kindliche Hirn eingehämmert. Sie schafft auch die Verbindung mit der Kirche, der Begleiterin und des Schattens des hoffenden und sich quälenden Menschen von der Wiege bis zum Grabe. Die Kirche gibt den außer dem materiellen Leben liegenden Glauben. Die Schule macht den Proletarier reif für die Notwendigkeiten der kapitalistischen Arbeit, während die Kirche ihn von dem sich aus ihr entwickelnden Zwiespalt fernhalten soll, soweit es sich irgendwie mit seinen eigenen minimalen Lebensanforderungen verträgt. Da in Deutschland zwei christliche Religionen um den Einfluß auf die Seele kämpfen und jede Religion ihre eigenen Methoden des Seelenfanges hat, so war die Trennung in dem Moment eine absolute Notwendigkeit, in dem ein Wahltermin in der Nähe lag. Es ist überhaupt eine alte Regel, in der letzten Zeit vor der Wahl keine einschneidenden Gesetze zu verabschieden, durch die der Machtkampf in einem ungünstigen Sinn beeinflußt werden könnte. Kampfobjekte müssen zur Erregung der Wahlleidenschaft bleiben. Außerdem sind kulturelle Fragen zur Austragung der Differenzen bedeutend geeigneter als Wirtschaftskämpfe. Das deutsche Kapital hat unter sich nach der Regelung der Außenpolitik keine wirtschaftlichen Gegensätze von ausschlaggebender Bedeutung. Gerade der „Bürgerblock" hat geradezu in vorbildlicher Weise einen Ausgleich der divergierenden Kapitalsinteressen zu schaffen verstanden. Er war in der Liebesgabenverteilung von einer geradezu beglückenden Freigebigkeit. Dauernd wurden „notleidende" Kapitalsschichten ausfindig gemacht, denen geholfen werden mußte. Es herrschte wirklich eine seltene Einigkeit. Noch zuletzt wurde die Landwirtschaft gerettet.

Bei dieser Konsolidierung der inneren Machtverhältnisse konnte es das deutsche Kapital wagen, seine kleinen Differenzen, die prozentischen Verschiebungen innerhalb der Machtsphären der einzelnen Parteien nicht in den Vordergrund zu schieben. Maßgebend war für die deutschnationale Parten dabei der Gedanke, durch die Entfesselung des „Kultur"kampfes einen Keil zwischen die Mächte der großen Koalition in Preußen zu treiben. Die Sozialdemokratie und das Zentrum sollten getrennt werden, damit sich auch der „Bürgerblock" in Preußen etablieren könnte. Es fehlt den Schlotbaronen und den Großagrariern noch ein kleines Stück der Exekutivgewalt. Die Aufhebung der Gutsbezirke in Preußen drohte auch den Einfluß der Deutschnationalen zu untergraben. Bevor das preußische Innenministerium sein Zerstörungswerk vollenden konnte, mußte der Wahlkampf beendet sein. Daher auch die weitere Eile. Außerdem hatte die Auslieferung der Schule an die katholische Kirche einen sehr schweren Schlag für die Deutschnationalen bedeutet. Sie zerschlugen deshalb rechtzeitig den „Bürgerblock", bevor er für sie eine zu große Belastung werden konnte. Sie werden ihn wieder aufrichten, nachdem die Wahlen vorüber sind. Die Uebernahme der Regierung wird ihnen im neuen Reichstag nur mit Hilfe des Zentrums möglich sein, mit dem sie dann einen Kompromiß um jeden Preis werden schließen müssen. Andererseits sind Wahlen mit einer Mehrheit aus SPD., Demokraten und Deutscher Volkspartei sogut wie ausgeschlossen, so daß das Zentrum immer zu einem notwendigen Bestandteil jeder neuen Regierungskoalition werden mußte.

Das Proletariat hat kein Interesse an diesem bürgerlichen „Kultur"kampf, der von seinen Agitatoren nur als ein Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft gedacht ist. Die für das Wohl der verschiedenen Parteien beste Form der geistigen Unterdrückung der Arbeiterschaft ist kein Kampfobjekt. Dem „Kultur"kampf muß die Arbeiterschaft den Klassenkampf entgegenstellen. Es gilt nicht die Bekämpfung der sog. reaktionären Schichten des Bürgertums, sondern der bürgerlichen Ideologie überhaupt. Nur der rigoros durchgeführte Klassenkampf kann der Arbeiterschaft die „geistige Freiheit" bringen. Es kommt nicht auf die mehr oder minder großen Verbesserungen an, sondern auf eine Aenderung des gesamten Systems. Deshalb keine Beteiligung an dem Wahlrummel, der allein schon ein Einfangen für den bürgerlichen „Kultur"kampf bedeutet. Wir müssen also einen scharfen Trennungsstrich gegenüber der Bourgeoisie ziehen. Dies bedeutet eine aktive Bekämpfung der parlamentarischen Illusionen, Kampf g e g e n den Parlamentarismus!

Werbt neue Abonnenten!

Politische Rundschau

Wie weit geht die Gemeinheit?

Der „Vorwärts" als Sandstreubüchse.

Anläßlich der Aussperrung der sächsischen Metallarbeiter wagte der „Vorwärts" vom 17. April den Proleten folgenden Hohn ins Gesicht zu schleudern:

„Im Konflikt der sächsischen Metallindustrie wurde am Montag in den Verhandlungen vor dem sächsischen Schlichter folgender Schiedsspruch gefällt:

„Die Akkordarbeiter erhalten eine Erhöhung des Grundlohnes von 5 Pfg., die Lohnarbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 7 Pfg. Die Ausgangsziffer der Lohntabelle wird für die Akkordarbeiter auf 80 Pfg., für die Lohnarbeiter auf 82 Pfg. festgesetzt. Für die Kreishauptmannschaft Bautzen ermäßigen sich die Sätze um je 2 Pfg. Für die Hüttenarbeiter werden die Zulagen, die sie bereits früher auf Grund des Arbeitszeitschiedsspruches (vom 29. Dezember 1927) erhielten, jetzt in Anrechnung gebracht. Die Neuregelung läuft ab 1. April und soll nur ein Jahr gelten. Die Erklärungsfrist dauert bis Sonnabend, den 21. April, mittags 12 Uhr."

Die Arbeiterschaft wird am Dienstag und Mittwoch zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß sie zu einer Ablehnung kommen wird. Die Haltung der Metallarbeiter ist zuversichtlich und fest. Die üblichen Manöver der kommunistischen Presse, die wieder einmal gegen die Gewerkschaftsführung wüst hetzt, prallen wirkungslos ab. Aus den Betriebsversammlungen der großen Werke wird überall gemeldet, daß die Metallarbeiter in übergroßer Mehrzahl es ablehnen, den kommunistischen Parolen Folge zu leisten und nur auf die Anweisungen der Verbandsleitung hören.

Auf der Seite der Unternehmer wird die Zerfahrenheit von Tag zu Tag offenkundiger. Auch in Zittau und Reuersdorf ist die Aussperrung ebenso wie in Bautzen nicht durchgeführt worden. Im Tarifgebiet Zschoppau-Tal ist ebenfalls nicht ausgesperrt worden, desgleichen im Mittweidaer und Burgstedter Bezirk. Der zum Chemnitzer Gebiet gehört. Die eigenen Verbandsangehörigen haben also dem Aussperrungsbeschluß der sächsischen Metallindustriellen den Todesstoß versetzt. (!!)

Der Kampf steht für die sächsische Metallarbeiterschaft gut. Ihre Aufgabe ist es jetzt, die Geschlossenheit zu wahren und auch den letzten Kollegen zur freigewerkschaftlichen Organisation zu bringen."

Der „Schiedsspruch" wird dann, wie immer, für „verbindlich" erklärt, und so wandern dann die „siegreichen" Proletarier unter dem Segen der „bewährten Führer" wieder an das laufende Band und freuen sich der „Dolchstöße" der Kapitalisten untereinander.

Eine solch zynische Verhöhnung kann nur eine Bonzokratie wagen, die fest davon überzeugt ist, daß das Land der reformistischen Bonzen in den Augen der Arbeiter ihnen auf unbegrenzte Dauer erlaubt, diese noch nach Strich und Faden zu verhohnepipeln. Denn nicht nur anläßlich des sächsischen Konflikts konnte man solche Blödheiten lesen: die ganze „Politik" der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien basiert auf dieser Grundlage. Die westfälischen Bergarbeiter werden in den nächsten Tagen auch einen solchen „Sieg" infolge der „Uneinigkeit" der Kapitalisten zu spüren bekommen. Auf die Dauer wird jedoch selbst das Fell der deutschen Proleten nicht dick genug sein, um gegen solche „Siege" standzuhalten.

Wer ist Oskar Braun?

Die KPD. hat bekanntlich etwas los in puncto „Agiprop". Als Hölz noch auf freiem Fuß war, war er ein Mensch, mit dessen Taten man sich „nicht solidarisieren könne", wie Klara Zetkin sich im Reichstag ausließ. Auch die „Rote Fahne" rückte weit von ihm ab, und Herr Heinrich Brandler regte sich bekanntlich furchtbar darüber auf, daß „man" das, was die KAPD. tat (für die proletarische Diktatur kämpfen!), der KPD. in die Schuhe schieben wollte. Aber wenn solche Kämpfer im sicheren Gewahrsam sitzen, dann sind sie gut für die schmutzigen Parteigeschäfte der KPD., weil sie dann ungefährlich sind. Manch einen hat die KPD. schon selbst zu Spitzeldiensten getrieben, weil sie sich als Partei nicht „belasten" wollte. Mancher Genosse, der die geheimnisvollen illegalen Aufträge bitter ernst nahm, mußte erleben, daß die KPD., die diese illegalen Spielereien nur begünstigte, um ihren wahren konterrevolutionären Kurs zu verschleiern, ihn elendiglich verleugnete und als Spitzel zu verleumden suchte, wenn er sich erst in den Klauen der Klassenjustiz befand. So ist in der „Roten Fahne" vom 23. Februar 1923 folgendes über Oskar Braun zu lesen:

„Auf der Anklagebank saßen der nichtbeamtete Lehrer Otto Braun (alias „Oskar") aus Berlin, der Metallarbeiter R. E., der Dreher G. B., der Gastwirt F. T. und der Schlosser O. B. Braun wird von dem als reaktionär bekannten Rechtsanwalt Dr. Großmann, die übrigen Angeklagten, die von Braun abrücken und die sämtlich Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, von Rechtsanwalt Dr. Weinerberg, Dr. Oskar Cohn, Dr. Theodor Liebknecht und Dr. Kurt Rosenfeld verteidigt. . .

Der Angeklagte Braun gab zu, der Vater des ganzen Plans gewesen zu sein, aber im Auftrag einer rechtsgerichteten Stelle, die er bezeichnenderweise nicht nennen will, gehandelt zu haben.

Während der Verhandlung war außerordentlich charakteristisch, daß der Vorsitzende sich ersichtliche Mühe gab, den Angeklagten Braun in keine Verlegenheit zu bringen, während er die anderen Angeklagten des öfteren in brüsker Weise anfuhr und sie dadurch einzuschüchtern suchte. Mag der Prozeß enden, wie er will, der gestreige Verhandlungstag hat erbracht, daß ein ganz geriebener Agent Provokateur es verstanden hat, vier Arbeiter, die des ehrlichen Glaubens waren, der proletarischen Sache zu dienen, für nationalistische Zwecke auszunutzen."

Nach der Verkündung des Urteils schrieb die „Rote Fahne" Nr. 125 vom 10. Mai 1922:

„Der Hauptangeklagte Braun (der Spitzel „Oskar") erhält sieben Monate Gefängnis. . . . " „Dieses milde Urteil kann nicht überraschen. . . Weil man den nationalen Spitzel Oskar schützen wollte, konnte man auch die Kommunisten nicht ins Zuchthaus schicken."

Aber die KPD. denkt: Geschäft ist Geschäft, und in Wahlgeschäften kann man erst recht nicht wählerisch sein. Da Oskar Braun auf die Gnade der KPD. und der „Roten Fahne" angewiesen ist, wenn er nicht wieder in die Verliesse der Klassenjustiz zurück will, muß er eben hinnehmen, was die „einzige Arbeiterpartei" aus ihm macht.

Ein totgeborenes Kind

Die erste „Tat" des Leninbundes.

Der „Leninbund" hat sich „gegründet" und beweist seine Existenzberechtigung mit einem Aufruf des Gründungskongresses, in dem es heißt:

„Wir stellen den Antrag, unsere Organisation, den Leninbund, der nichts anderes ist als die festere organisatorische und ideologische Erfassung der linken leninistischen Opposition der Kommunistischen Partei, mit der KPD. auf Leninscher Grundlage zu vereinigen.

Sollte das Exekutivkomitee der Komintern diesen unseren Antrag ablehnen, beantragen wir die Aufnahme des Leninbundes in die Kommunistische Internationale als sympathisierende Organisation mit dem Ziel der Wiedervereinigung der KPD. auf Leninscher Grundlage. In diesem Falle wird der Leninbund die selbständige Beteiligung bei den bevorstehenden Parlamentswahlen rückgängig machen und die KPD. mit allen Kräften unterstützen.

Wir erwarten, daß das EKKI. mit allem Ernste zu unserem Antrag Stellung nimmt und eine Entscheidung trifft, die zur Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung in Deutschland führt.

Wir appellieren gleichzeitig an alle Kommunisten in den Reihen der Komintern, mit uns sich einzusetzen für die bolschewistische Wiederherstellung der Leninschen Weltpartei zum geschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie und den Opportunismus aller Schattierungen.

Es lebe die Leninsche Kommunistische Internationale!

Es lebe die wirkliche Leninsche revolutionäre Einheit der kommunistischen Bewegung!

Der Gründungsausschuß des Leninbundes."

Also: Wir haben uns gespalten, — um uns vereinigen zu können! Wollt ihr uns nicht als vollwertige Mitglieder der leninistischen Familie, dann duldet uns wenigstens als vagabundierende Reisende, die kein Obdach haben. Wir stellen eigentlich nur Kandidaten auf, weil wir doch etwas tun müssen. Nehmt uns wieder auf, und wir werden alles widerrufen und die „Verräter" mit allen Kräften unterstützen.

Ein solcher Klub wagt es, vor dem Proletariat aufzutreten! Entweder sind die „Häupter" dieser orthodoxen Heiligen wirklich so dumm, daß sie nicht begreifen können, daß der Reformismus der KPD. aus ihrer parlamentarisch-gewerkschaftlichen Taktik notwendig folgen muß, und die kapitalistische Restauration Rußlands nachdrückt, — dann nimmt das Proletariat von diesem unverfälschten Leninismus Kenntnis und verbittet sich, diese Dummheit als „Marxismus" auf den Markt zu schleudern. Oder die Herrschaften spekulieren auf die Dummheit der Massen, und scheuen für ihre wirklichen Absichten das Licht der proletarischen Oeffentlichkeit, — dann muß ihnen gesagt werden, daß sie ihren Namen ändern müssen in „Orthodoxe Jesuiten", dann weiß das Proletariat wenigstens, woran es ist. D e n k e n d e Arbeiter kennen für Kinderleichen nur eine Bestimmung: die rasche und geräuschlose Beerdigung.

„Genau wie zur Zeit der Zarenherrschaft"

Das Schicksal der Opposition in Rußland.

Die deutsche „Arbeiter-Zeitung" in St. Louis (USA.) veröffentlicht einen Brief, der Einzelheiten über die Deportation Trotzkis enthält. Diesen Brief hat Eastmann in öffentlicher Versammlung in St. Louis verlesen. Eastmann hat zwei Jahre in Rußland gelebt und ist Verfasser einer autorisierten Biographie von Trotzki sowie eines Buches mit dem Titel „Marx und Lenin". Das Schreiben lautet u. a.:

„Der letzte, welcher deportiert wurde, ist Trotzki. Die Umstände bei seiner Abreise waren die folgenden: Man befahl ihm, sich bereit zu halten, am 16. Januar nach Wjerny, an der chinesischen Grenze von Turkestan, zu gehen. Moskauer Arbeiter, welche von seiner Abreise unterrichtet waren, verschafften sich Fahrkarten nach Porowo, der Vorstadt, von wo er abreisen sollte. Im Bahnhof von Porowo hatten sich 10 000 Arbeiter eingefunden. Als die Polizei davon erfuhr, machte sie den Befehl rückgängig und v e r s c h o b T r o t z k i s A b r e i s e bis zum 18. Die Menge wollte nicht glauben, daß Trotzki nicht im Zuge sei und stand vier Stunden lang auf dem Gleise, um die Abfahrt des Zuges zu verhindern.

Als sie sich schließlich überzeugen mußten, daß Trotzki an diesem Tage nicht abreise, liefen die Arbeiter zu seiner Wohnung, um ausfindig zu machen, was geschehen war. In der Zwischenzeit legte sich die Geheimpolizei in der Nachbarschaft von Trotzkis Haus in einen Hinterhalt und verhaftete 47 Personen. Am folgenden Tage, dem 17. Januar, am Tage vor dem für seine Abreise festgesetzten Datum, erschienen zwei Agenten der Geheimpolizei in Trotzkis Hause mit dem Befehl, sofort abzureisen. Trotzki weigerte sich; er sagte, daß das für ihn festgesetzte Datum der 18. sei, daß er aus diesem Grunde nicht bereit sei, daß er seine Bücher usw. noch nicht zusammen habe. Die Polizeiagenten drohten mit Gewalt, aber er blieb hartnäckig. Sie nahmen seinen Mantel und versuchten, ihn hineinzuzwängen. Seine Frau versuchte, sich telephonisch mit jemand in Verbindung zu setzen, wurde jedoch mit rauher Hand vom Telephon weggerissen. Trotzkis Sohn versuchte, seinen Vater zu verteidigen und wurde in einem Faustkampf von einem Agenten überwältigt. Schließlich schleppten sie Trotzki mit Gewalt aus seinem Hause, setzten ihn in ein Auto und fuhren mit großer Schnelligkeit nach der Station Faustowo, 40 Meilen von Moskau. Er wurde mit zwei Soldaten als Wache in ein Abteil gesetzt. Unterwegs wurde Trotzki krank. In Samara holte man ihn in ernstem Zustand aus dem Zug und ließ Aerzte kommen. Mehr wissen wir nicht, aber so trug sich alles zu.

Die Genossen der Opposition, die in Moskau eingekerkert wurden, befinden sich in entsetzlichen Verhältnissen. Die Frauen sitzen in denselben Zellen mit Verbrechern und Prostituierten, die Männer bei Spekulanten und Dieben. Sie werden s c h l e c h t e r n ä h r t und es ist ihnen nicht gestattet, irgendetwas von außerhalb zu erhalten. Man gestattet niemand, sie zu besuchen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einer oder der andere diesem Regime zum Opfer fällt."

„Genau wie zur Zeit der Zarenherrschaft wird die Opposition behandelt."

•

In Anbetracht des bevorstehenden Besuches Ama Nullahs im „Arbeiterstaat" kann Stalin befriedigt feststellen: „Die sind besorgt und aufgehoben — Der Herr wird seine Diener loben."

Hier zeigt sich, daß man unter der Flagge der „Diktatur des Proletariats" die kapitalistische Klassenherrschaft nicht weniger brutal verteidigen kann, als unter der Flagge der Demokratie. Und so lange das Proletariat nur den trügerischen Schein, nicht den wahren Inhalt dieser seiner Klassenlosung begreift, wird es wohl auch so bleiben.

„Ihr naht euch wieder . . ."

„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen . . ."?

Das „allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht" war von jeher das A und O der sozialdemokratischen Agitation in Deutschland. Zwar genoß man ja die endlosen Wohltaten dieses „einzigen und heiligsten Rechtes" der Arbeiterklasse bei den Wahlen für den Reichstag, was während des Weltkrieges den patriotisch geschwellten Gemütern des damaligen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg und seiner sozialdemokratischen Lakaien immer erneuten Anlaß gab, den aus den Wahlen drohend erschallenden Vorwürfen mangelnder demokratischer Einrichtungen mit stolzer Entrüstung zu begegnen. Daß das also gewählte Parlament nur ein Feigenblatt vor der Blöße des preußisch-deutschen Hohenzollern-Despotismus war und so gut wie aller selbständigen Bestimmungsbefugnisse entbehrte, hinderte bekanntlich Herrn Dr. David nicht daran, auf der „Friedenkonferenz" in Stockholm im Jahre 1917, seine auf dem „freiesten Wahlrecht der Welt" begründete demokratische Autoritäät ins Licht zu rücken; von der Erkenntnis, daß kein wie immer geartetes allgemeines Wahlrecht im kapitalistischen Staate bei noch so universaler Souveränität seines Produktes etwas anderes als ein Unterdrückungsinstitut der Bourgeoisie gegen das Proletariat sein kann, gar nicht zu reden. Die primitive Meinung, daß eine proletarische Mehrheit zur Durchsetzung sozialistischer Forderungen ja nur die bürgerlichen Parteien zu überstimmen brauche, einen Kindertraum, in dem sich heute noch mit besonderem Behagen der große Theoretiker der SPD., Karl Kautsky, wiegt, hat bekanntlich schon Wilhelm Liebknecht 1869 in seiner berühmten Rede gegen den Parlamentarismus mit dem Hinweis auf eine Kompagnie Soldaten beantwortet; und vierzig Jahre später schränkte im Deutschen Reichstag der preußische Junker Herr von Oldenburg-Januschau herzlos aber zutreffend die erforderliche Truppenmacht auf einen Leutnant und zehn Mann ein.

Da, man nun doch vor dem Kriege „Opposition" trieb, konnte man sich mit dem, was man hatte, schlechterdings nicht zufrieden geben, und so verlangte man denn die Ausdehnung des Wahlrechtes auf Frauen und Soldaten, die Einführung des Proportionalwahlsystems und schimpfte gehörig auf die ungerechte Wahlkreiseinteilung. Jedes Jahr zur Sauren-Gurken-Zeit drohte übrigens ein „Attentat" auf das Reichstagswahlrecht, das dann der Arbeiterpresse und den mit Volksrechten hausierenden Versammlungsrednern Stoff lieferte zu wildem Klassengeschrei. Außerdem verfügte man zum Glück auch noch über die preußische „Dreiklassenschmach", einem nach Steuerleistungen gestuften Wahlmodus, mit dem die herrschenden Klassen in grotesker Ueberschätzung der Stimmzettelkraft die Abstimmungsergebnisse von vornherein im gewünschten Sinne regulierten. Das Reichstagswahlrecht für Preußen, das war, besonders kurz vor dem Kriege, die Hauptlosung der Sozialdemokratie. Selbst in den süddeutschen Ländern, wo man es schon hatte, jagten einander die Massenversammlungen unter dieser Parole, und auf dem Parteitag 1913 rief Ludwig Frank emphatisch: „Wir werden das allgemeine Wahlrecht in Preußen haben, oder wir werden den Massenstreik haben!" Ja, als am 22. Januar 1906 im ganzen Reiche Riesensympathiekundgebungen zur Feier der Wiederkehr des Tages veranstaltet wurden, an dem die Gapon-Demonstration (der schwarze Sonntag) die russische Revolution einleitete, verquickte man mit dieser Angelegenheit eine Propaganda-Aktion für das preußische Wahlrecht und nahm ihr damit den Stachel.

Der Kampf ums Wahlrecht wurde vor dem Kriege nach und nach die Hauptforderung der Sozialdemokratie und die allgemeine Tätigkeit der Partei spezialisierte sich auf den Parlamentarismus. „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun wohlan! Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann." Das war der ständige Refrain, der dem Hoch auf die „internationale, völkerbefreiende, revolutionäre Sozialdemokratie" am Schluß jeder Volksversammlung folgte. Der Burgfriede von 1914 brachte in punktum Wahlrecht keine Aenderung. Man einigte sich mit dem Kaiser auf die Formel: „Nun wollen wir sie aber dreschen," und meinte damit die russischen, serbischen, französischen, belgischen und englischen Proletarier. Verschmitztes Augenzwinkern zu den Arbeitern und verstohlene Seufzer zu den Regierenden hinüber nährten aber die Hoffnung, daß als Lohn des Wohlverhaltens bei der Verteilung der Siegesbeute unter das Kapital für das Proletariat eine gründliche Wahlreform in Preußen und fürs Reich womöglich eine Neueinteilung der Wahlbezirke winken möchte. Diese Hoffnung wurde gewaltig geschwellt, als Wilhelm II. die stets verweigerte Genehmigung erteilte, über ein Portal des Reichstagsgebäudes die Inschrift anzubringen: „Dem deutschen Volke." Man vrgleiche nur einmal die sozialdemokratischen Zeitungen aus jenen Tagen, und man wird finden, daß der „hochherzige Entschluß" des Kaisers die „herzige Loyalität seiner vaterlandslosen Gesellen" auf das innigste erfreut hatte. Es war für die Arbeiterpresse, als ob der erste Strahl der aufgehenden Sonne den jungen Morgen der neudeutschen Freiheit küssen wollte.

Was der Sieg nicht brachte, brachte die Niederlage. Vorher schon, als man noch hoffen konnte, nach Erzbergerschen Kalkulationen in einem „Verständigungsfrieden" die Erzlager von Longwy und Brie deutschen Ausbeutern gewinnen zu können, hatte der drohend erhobene Finger des Weltpädagogen Wilson die Reichsregierung zu höchst demokratischen Zugeständnissen an den Parlamentarismus bewogen. Als es 1917 gelang, in der Antwortnote von dem Papst die deutschen imperialistischen Raubabsichten zu verschleiern, durfte der Reichstag aus seiner Mitte eine Kommission abondern, der es gestattet wurde, das Diktat der Geheimdiplomatie mit Interpunktionen zu verzieren. Die Sozialdemokratie jauchzte, als aber endlich nach dem Mißlingen der Verzweiflungsoffensive 1918, nach den Niederlagen in der Champagne und in Flandern, nach der Durchbrechung der bulgarischen Front in Mazedonien, den Schlappen der Oesterreicher in Italien und Albanien und dem vernichtenden Schlag gegen die Türken in Palästina die letzten Fetzen des „uns nicht mehr entreißbaren" Sieges in den Wind stoben, da wurde plötzlich Hals über Kopf

Das Elend der Arbeiterpresse

Dem letzten Heft der „Weltbühne" entnehmen wir folgenden bemerkenswerten Aufsatz. Wenn der Redaktion der „Weltbühne" die revolutionäre Presse, die unter den größten Opfern ihrer Anhänger unter der Fahne des revolutionären Marxismus weiter kämpft, „unbekannt" ist, weil sie davon so elegant zu schweigen weiß, so ändert das nichts an deren Existenz. R. d. „KAZ."

Vor dem Kriege war die Lektüre des „Vorwärts" ein Genuß. Von der „Leipziger Volkszeitung" und den anderen großen sozialdemokratischen Provinzzeitungen gilt annähernd das gleiche. Gar nicht zu reden von der „Neuen Zeit". In dieser Zeitschrift wurden geistige Turniere ausgefochten — mit einer Bravour, wie sie nur dann möglich sind, wenn hinter dem Kampf um die großen Menschheitsfragen der Fanatismus der Wahrheit steht. Damals reichte die Stimme der sozialistischen Presse weit über die Grenzen der Arbeiterbewegung hinaus. Sie galt uns Intellektuellen, die wir noch mit einem Bein im bürgerlichen Lager standen, als weithin leuchtendes Fanal eines mit elementarer Wucht nach vorwärts drängenden Kulturwillens. Wo sind die Zeiten hin? An Stelle von Geist, Temperament, Enthusiasmus, den Sprungfedern einer aufstrebenden revolutionären Klassenbewegung weht uns heute aus der Arbeiterpresse fast aller Richtungen der Modergeruch geistiger Apathie, spießbürgerlicher Behäbigkeit, einer nur dem Augenblick lebenden Opportunitätspolitik entgegen. Titanisches Wollen um letzte Ziele hat dem parlamentarischen Schachergeschäft um Ministersessel und Regierungskoalitionen Platz gemacht.

Die Sozialdemokratie ist, psychologisch gesehen, ein Kriegerverein mit den allgemein bekannten Symptomen politischer Verkalkung behaftet. Ihr historischer Blick ist, genau wie bei den organisierten Anhängern der Militärtradition, nach rückwärts gerichtet. Auch ihre „große Zeit" liegt in der Vergangenheit. Die Aufgaben der Gegenwart begreift sie nicht. Die Zukunft haßt sie wie den Tod. Kein Wunder: die Zukunft ist ihr Tod. Liegt doch ihr Zukunftsprogramm innerhalb dieser kapitalistischen Gegenwart. Sie selbst ist eine zuverlässige Stütze der bürgerlichen Gesellschaft. Im Kriege hat sie die Standarten des kaiserlichen Imperialismus vom ersten Sieg bis zur letzten Niederlage begleitet. Mit historischer Konsequenz hat sie beim ersten Wetterleuchten der Revolution sogleich die weiße Fahne der Konterrevolution gehißt — zu Nutz und Frommen des geheiligten Privateigentums. Wie kann bei solcher Sterilität im Denken und Wollen eine Arbeiterpresse Wurzel schlagen, die wiederum die Massenpsychologie mit Zukunftsglauben und Siegesgewißheit erfüllt!

Vielleicht aber ist aus den kommunistischen Regionen ein frischer Luftzug zu erwarten? Wenn man unter Kommunismus den Teil der Arbeiterbewegung versteht, der seine politischen Direktiven aus Moskau bezieht, dann sind wir erst recht zur Resignation genötigt. Lasciate ogni speranza! Ist doch der geistige Gehalt der kommunistischen Presse beinahe noch trostloser als im benachbarten Lager von rechts, wobei die Kategorien: Rechts oder Links nach der grundsätzlich politischen Seite kaum noch wichtige Differenzpunkte aufweisen. Rein journalistisch betrachtet, ist die „Rote Fahne" dem „Vorwärts" zweifellos überlegen. Sie ist stofflich interessanter, sie weiß den Leser zu fesseln, wenn auch nicht zu begeistern, sie verschmäht keineswegs das Mittel der Sensation, denn als moderne Zeitung, die sie sein will, muß sie die großen und kleinen Sünden des bürgerlichen Journalismus getreulich kopieren. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn die äußere Aufmachung nur Mittel zum Zweck bedeute, wenn sie die Schale bildete, die den wertvollen Kern umschließt. In Wirklichkeit ist aber die Aufmachung das wichtigere oder sagen wir statt Aufmachung lieber die Gestikulation der Gesinnung. Denn mag der „Vorwärts" seinem inneren Gehalt nach eine „Gartenlaube" für Parteiveteranen repräsentieren, so ist andrerseits nicht zu leugnen, daß er eine bestimmte politische Linie innehält. Die Konsequenz seiner antisozialistischen Politik hat trotz allem Charakter. Die Signatur der kommunistischen Presse aber ist Inkonsequenz und Charakterlosigkeit. Das ist nicht die Schuld einzelner Personen. Es liegt am System. Die Erbsünde des Moskauer Kommunismus wurzelt in der Verkoppelung der Dritten Internationale mit dem Staatsapparat der russischen „Sowjet"-Republik. Diese Verbindung war bis zu einem gewissen Grade erträglich, solange das Sternenlicht der russischen Revolution den Kompaß bilden durfte für die Taktik der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Jedoch von dem Zeitpunkt an, wo durch Einführung des „Nep" der vielleicht unvermeidbare Kompromiß mit dem kapitalistischen Privateigentum, das heißt: mit dem bürgerlichen Westeuropa, abgeschlossen wurde, hätte die ideologische und organisatorische Loslösung von der russischen Staatspolitik erfolgen müssen. Die widernatürliche Aufrecherhaltung zweier so wesensverschiedener Systeme (revolutionärer Klassenkampf in der Theorie und kapitalistische Restauration in der Praxis) zeitigte, wie nicht anders möglich, verheerende Wirkungen innerhalb der kommunistischen Presse. Denn hier war die Tribüne, wo zu allererst der unmögliche Versuch unternommen wurde, den eklatanten Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit hinwegzudisputieren. Und zwar nach zwei Richtungen zugleich. Man mußte den grauen russischen Alltag durch rotes Rampenlicht verklären, um so in der proletarischen Oeffentlichkeit die Illusion einer sozialistischen Idealwelt aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang ergab sich natürlich noch ein zweites Moment der Unehrlichkeit, das bei der journlistischen Ausdeutung der kommunistischen Innenpolitik zur Erscheinung kam. Es ist einleuchtend, daß dieses im kapitalistischen Wiederaufbau begriffene Rußland keinerlei Interesse an der Entstehung europäischer Revolutionen haben kann. Damit ist die Marschroute der Dritten Internationale eigentlich unzweideutig festgelegt. Da aber das russische Staatsinteresse auf die Existenz der „kommunistischen" Parteien vorläufig nicht verzichten mag, so bleibt für deren Taktik kein anderer Ausweg als die Methode der doppelten Buchführung: sie sind gezwungen, ihre im Grunde sozialdemokratische Politik mit der revolutionären Phrase zu maskieren. Das verleiht dann dieser Parteipresse das Stigma der Unwahrhaftigkeit, Zweideutigkeit und hohlen Rhetorik. So muß sich naturgemäß eine Dialektik herausbilden, die ganz im Stil mittelalterlicher Scholastik im Gegensatz zur inneren Logik der Tatsachen dem formalen Beweis zum Siege verhilft. Das alles hat mit proletarischer Gesinnung nicht mehr zu tun und entspringt dem Gegenteil revolutionärer Weltanschauung. Der Höhepunkt der Lächerlichkeit wird aber erreicht, wenn man den Kritiker bolschewistischer Methodik eben wegen solcher Kritik als „bürgerlichen" Ideologen zu charakterisieren versucht. Dagegen trifft der Vorwurf der „Bürgerlichkeit" mit vollem Recht einen „revolutionären" Journalismus, der dieselbe Doktrin, die er gestern verworfen hat, heute glühend verteidigt — aus keinem andern Grunde, als weil Moskau befiehlt. Roma locuta, causa finita!

Was also soll geschehen. Oder richtiger: Wo liegen die Möglichkeiten für eine Reform der Arbeiterpresse an Haupt und Gliedern? Ich höre schon den Zwischenruf: Die Schuld an den gegenwärtigen Unzulänglichkeiten trifft in vollem Umfang den Marxismus. — Ein ebenso beliebtes wie fehlerhaftes Argument. Denn — wie gesagt — vor dem Kriege, als die Sozialdemokratie die marxistische Geschichtstheorie noch als Leitfaden ihrer Politik benutzte, befand sich ihre Presse auf der Höhe der Situation. Aber dieselbe Partei hat als solche mit der Theorie des Marxismus gar nichts mehr zu tun. Ist sie doch das politische Mundstück der bewußt antimarxistischen Gewerkschaftsorganisationen. Der Grundgedanke aller Gewerkschaftspolitik ist heute die Negation des Klassenkampfes. Man sollte wirklich nicht immer die materialistische Geschichtsauffassung für einen Zustand verantwortlich machen, der erst durch deren Außerkurssetzung akut geworden ist. Etwas anders liegt der Fall bei der kommunistischen Presse, die sich ja theoretisch zum Marxismus bekennt. Wie bereits angemerkt, erschöpft sich hier die „marxistische" Argumentation in einem leeren Formalismus, der vom wesentlichen Inhalt materialistischer Dialektik ebenso weit entfernt ist wie die „Sowjet"-Republik vom Sozialismus. Trotzdem kann ich den antimarxistischen Kritikern in einem Punkte nicht ganz unrecht geben, der ihnen allerdings selber am wenigsten zum klaren Bewußtsein gekommen zu sein scheint. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Marxismus nach der weltanschaulichen Seite hin eine gewisse Erstarrung aufzuweisen hat. Ohne auf die näheren Ursachen einzugehen, muß doch die Anmerkung gemacht werden, daß gerade der Leninismus sich auch in diesem Punkte am rückständigsten gezeigt hat. Seine Weltanschauung ist der Materialismus des 19. Jahrhunderts. Daß man aus der Philosophie der bürgerlichen Aufklärungsepoche von anno dazumal für den proletarischen Befreiungskampf der Gegenwart keine Funken schlagen kann, ist ohne weiteres klar. Damit soll nicht etwa einer neuen Metaphysik das Wort geredet werden. Aber der Marxismus wird sich als Weltanschauung nur dann behaupten können, wenn er neue schöpferische Ideen produziert. Das wird ohne Anwendung der erkenntnisreichen Methode nicht zu bewältigen sein. Eine weltanschauliche Regeneration des Marxismus würde — das ist evident — eine grundlegende Wandlung für die sozialistische Presse und Literatur bedeuten.

demokratisiert und parlamentarisiert, um vor Herrn Wilson in der verlangten modisch-demokratischen Frisur um „guten Frieden" bitten zu können. Die Herren Ebert, Scheidemann und David wurden königliche, preußischen Exzellenzen, und die fernsten Blütenträume waren über Nacht gereift.

Dann kam zunächst in der Form erfolgreicher Matrosen- und Soldatenaufstände und der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten die Revolution, die dann mit einem eleganten Griff eskamotiert wurde, und nun erlebte man die Etablierung des reinen parlamentarischen Systems in Deutschland, der „freiesten Demokratie der Welt" mit allen Schikanen der allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Proportionalwahl für Männer und Frauen. Die ganze revolutionäre Rückständigkeit des deutschen Proletariats ist hauptsächlich auf den parlamentarischen Kretinismus zurückzuführen, in dem es ehrgeizige, unwissende und in bourgeoiser Ideologie verkommene Führer erhielten, bis es fast von keiner anderen Waffe mehr wußte, als vom Stimmzettel, bis es den Nachttopf, in den es alle fünf Jahre ein vorgedrucktes Papier legen durfte, wie einen Fetisch anbetete, bis es zugunsten seiner gewählten und mit jeder Vollmacht ausgestatteten „Vertreter" auf den Rest eigenen Denkens, eigenen Entschließens, ja eigenen Empfindens verzichtete, bis es auf den Glauben an die Führer im August 1914 grölend, blindlings und fatalistisch in den Weltkrieg hineinstolperte.

Trotzdem hat das deutsche Proletariat wenig gelernt. Immer wieder fanden die Bonzen neue Trostgründe, immer neue Versprechungen, das sich bei richtiger Stimmzettelabgabe alles wenden müsse. Bei der Reichstagswahl z. B. 1912 stellte man den Rekord von drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen auf mit über 80 Abgeordneten. Der „Vorwärts" verfiel in einen Paroxismus der Begeisterung: „Unser das Reich! Unser die Welt!" schmetternte er taumelnd. Als nun der Rekord geschlagen war mit 4½ Millionen Stimmen und 110 Abgeordneten, zeigte sich das Elend des Parlamentarismus am 4. August 1914. Als Jaurès einmal (es war auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam 1905) den deutschen Sozialdemokraten ihre gänzliche Einflußlosigkeit trotz der gesteigerten Stimmenzahl vorhielt, erwiderte ihm Bebel: „Laßt uns erst acht oder zehn Millionen Stimmen haben, dann werden wir schon zeigen, was wir können. In Chemnitz sprach Haase denselben Gedanken aus und gab zu, daß die vier Millionen Wähler von 1912 noch gar keine positive Macht bedeuteten. Es muß weiter bedacht werden, daß um mit einer großen Stimmenzahl auftrotzen zu können, sich die Heranziehung des Bürgertums nötig machte. Wir haben alle gesehen, wieviel Konzessionen die Partei dem mit dem Kapitalismus einverstandenen Kleinbürger bei jeder Wahl machte, um seinen Zettel zu kriegen. Die Folge war natürlich, um recht viel Stimmen zu bekommen, der Verzicht auf jede Demonstrationspolitik und völliges Aufgehen in „positiver" demokratischer Staatspolitik. Die „Eroberung der politischen Macht" auf parlamentarischem Wege geht somit Hand in Hand mit dem Aufgeben des revolutionären Zieles, und hat, wenn sie perfekt würde, gar nicht mehr die Möglichkeit, für den Sozialismus gebraucht zu werden.

Durch die Revolution von 1918 und mit den darauffolgenden Kämpfen ist größeren Massen von Proletariern die Binde von den Augen gerissen worden. Der Rätegedanke war lebendig geworden, man erkannte den Betrug des parlamentarischen Kuhhandelns, der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Und wenn heute nach 10 Jahren der Revolution das Proletariat einen Rückblick hält, was ihm die Demokratie gebracht hat, so kann die Antwort nur sein: Verschärfte Ausbeutung, ständige Arbeitslosigkeit, Not und Elend. Das deutsche Proletariat muß sich wieder der wirklichen revolutionären Parole besinnen, die ihm den Ausweg zeigt aus all dem Elend: Alle Macht den Räten! und keine Beteiligung an der bürgerlich-demokratischen Parlamentswahl.

Was geht in Rußland vor?

In letzter Zeit spielt die Frage der Politik Rußlands in der proletarischen Oeffentlichkeit wieder eine besondere Rolle. Der äußere Anstoß ist eine angeblich aufgedeckte Verschwörung im Donezbecken, die an diese Verschwörung knüpfende Verhaftungen konterrevolutionärer Ingenieure; — und daneben liest man auch von Verhaftungen widerspenstiger Bauern. Das alles bekommt eine bestimmte Bedeutung im Zusammenhang mit dem sogenannten „Linkkurs". Die Opposition um Scholem und Ruth Fischer ist besonders stolz darauf, auf diese Gefahren schon hingewiesen zu haben. Nur greift die russische Regierung ihrer Meinung nach noch lange nicht scharf genug zu. — Es ist ganz klar, daß die Verhaftungen rev. Gruppen und ihre Verbannung nach Sibirien gewissermaßen „aufgewogen" werden sollen. Man kann also zusammenfassend sagen: es wird verhaftet rechts, es wird verhaftet links, und der einfältige Spießer sieht hier wieder sein Ideal verwirklicht: daß der Staat zwischen den Klassen steht, nach rechts und nach links gerecht seine Hiebe austeilt, und man so sich eigentlich über die russische Regierung gar nicht beschweren könnte. — Dem allen Leuten recht getan, ist doch nun einmal eine Kunst, die niemand kann.

Das revolutionäre Proletariat kann sich mit derartigen Plattheiten nicht begnügen. Verhaftungen sind noch lange kein Beweis dafür, daß die Regierung einen Kampf gegen die Klasse kämpft, aus der sie Verhaftungen vornimmt. Die deutsche Regierung muß in letzter Zeit dazu übergehen, die zu pfändenden Bauernhöfe durch ihre Ordnungstruppen in die Hände des Gerichtsvollziehers zu liefern. Das ist aber noch lange kein Kampf gegen die agrarische Konterrevolution. Die Tatsache ist vielmehr die, daß die Agrarkrise die weniger leistungsfähigen Bauern verschlingt. Die Großbauern nützen die reaktionäre Ideologie der Untergehenden aus und peitschen sie zu einem Kampf gegen die Regierung.

Die Großbauern wollen erreichen, daß der gesamten Landwirtschaft Privilegien in Gestalt von Steuererleichterungen, Krediten usw. eingeräumt werden. Infolge der Differenzierung auf dem Lande und infolge der Ueberlegenheit des Großgrundbesitzes werden auch diese Kredite in der den Besitzverhältnissen entsprechenden Proportion verteilt. Unter diesen Bedingungen hört der Kampf der überlegenen Großbauern gegen die Kleinbauern nie auf. Das Schicksal der Kleinbauern ist das Hinabgestoßenwerden ins Proletariat. Die Kleinbauern holen nur die Kastanien aus dem Feuer für die großen Hyänen. Wenn die Regierung nun trotzdem gezwungen ist, ihre staatlichen Machtmittel einzusetzen, um die Kleinbürger, die sich gegen die Proletarisierung wehren, in den Abgrund zu stoßen, so ist das wirklich keine rev. Tat, sondern es entspricht das einer zwangsläufigen Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse.

In Rußland liegen die Verhältnisse ähnlich. Die russische Regierung muß sich auf die Großbauern stützen. Die Großbauern allein können Getreideüberschüsse liefern. Die Großbauern allein können Reichtum anhäufen. Die russische Regierung muß die Kapitalsakkumulation unter den gegebenen Bedingungen fördern. Die Kleinbauern, die dem Staate nichts einbringen, kann sie deswegen nicht in dem Maße unterstützen, weil das, vom Standpunkt des inneren Aufbaus gesehen, zum Fenster hinausgeworfenes Geld ist. Es ist erklärlich, daß auch die Kulaken in Rußland die Kleinbauern auffordern, die Steuern zu verweigern, sie zu allen möglichen Forderungen animieren, sie aufhetzen, billigere Preise für Industrieerzeugnisse zu verlangen usw. Die Motive sind dieselben wie die hier in Deutschland oder anderen kapitalistischen Ländern. Und hier wie dort greift die Regierung ein und bringt diejenigen zur Raison, die an sich keine wesentliche Stütze der ökonomischen Basis sind, auf der die Regierung steht.

Es ist ganz charakteristisch, daß alles, was die russische Regierung unternimmt, in großen Staatsaktionen vor sich geht. Der angekündigte Prozeß gegen die konterrevolutionären Ingenieure ist eines der Hauptthematas der Moskauer Presse. In diesen Dingen hat die russische Regierung etwas ganz besonderes los. Wir erinnern nur an den Prozeß der Sozialrevolutionäre vor einigen Jahren. Dort wurde zum tausendsten Male der Beweis erbracht, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre ein ganz ordinäres, verabscheuungswürdiges, konterrevolutionäres Gesindel sind. Den primitiven Bedürfnissen Moskauer Anhänger mag das genügen. Der marxistisch denkende Arbeiter suchte schon damals vergeblich nach dem Beweis, daß die Bolschewiki im Gegensatz zu den Menschewiki noch revolutionäre Klassenkampfpolitik betreiben. Der Beweis wurde natürlich nicht erbracht und konnte auch nicht erbracht werden.

Aehnlich verhält es sich jetzt mit der Aktion gegen die verhafteten Ingenieure. Es kamen in diesem Zusammenhang ganz nette Einzelheiten zutage. Es ist eingestanden worden, daß die Proltarier in den Betrieben überhaupt nichts zu sagen haben, daß sie Backpfeifen bekamen nach allen Regeln der Kunst, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit den „Spezialisten" dauernd unter einer Decke steckte, daß die gesamte Disposition über die Maschinen und sonstiger Produktionsmittel eine ausgesprochene Sauerei ist. Das ging schon jahrelang, ging bis heute so, und derjenige, der nicht ganz mit Blindheit geschlagen ist, der sieht daran, daß das nicht nur kein kommunistischer Aufbau ist, sondern daß auch in bezug auf den kapitalistischen Aufbau die Proletarier zu schuften und das Maul zu halten haben. Nun mit einem Male stolpert man über die wirklichen „Ursachen" des Fiaskos.

Es ist ganz leich zu übersehen, daß auch diese Aktion lediglich eine Aktion zur Beschwichtigung des Proletariats ist. Alle „Arbeiterdelegationen haben bewiesen", daß man sie ebenso gut nach dem Nordpol hätte schicken können. Sie

Postbezieher!

Vom 17. bis 23. jeden Monats kommt der Briefträger, um das Zeitungsgeld in Höhe von Mark 1,42 abzuholen. Legt das zurecht, sonst geht die Bestellung als verweigert zurück und ihr bekommt keine „KAZ"!

hätten, was die charakteristischen Merkmale über die russische Wirtschaft sind, von dem Nordpol genau so viel Wahrheit mitbringen können, als was sie von Rußland mitgebracht haben. Ihnen das, was sie in Deutschland zu erzählen haben, zuzustellen, wäre auch durch die Post möglich gewesen.

In Wirklichkeit geht es in Rußland um folgendes:

Das internationale Kapital sperrt nicht nur Rußland den Kredit, sondern es sperrt allen Ländern Kredite in großem Umfange, die sich weigern, den internationalen Kapitalshyänen die notwendige Ellenbogenfreiheit einzuräumen. Die nationalistische Ablehnung des Völkerbundes haben wir auch in Deutschland erlebt. Die deutsche Bourgeoisie war jedoch klug genug um zu übersehen, daß die Dawesierung Deutschlands zwei Seiten hat: einmal eine Verschuldung Deutschlands selbst, zum anderen aber auch die wachsende Verantwortung der Gläubiger und die daraus entstehende Konsequenz, daß man dem Schuldner, um ihn in die Lage zu versetzen, seine Schulden zu bezahlen, letzten Endes auch die Absatzgebiete einräumen muß, auf denen er seine Produkte absetzen kann. Oesterreich, Italien, Ungarn, Tschechoslowakei usw., alle jene reaktionären Staaten mußten sich letzten Endes den Gesetzen der internationalen Finanzdiktatur fügen. Auch Frankreich mußte erleben, daß die Finanzgewaltigen in New-York durch einen Druck auf die Börse mehr erreichen können, wie ein säbelrasselnder General, wenn er nicht das nötige Geld hat, Krieg zu führen.

Rußland kann diesen Weg der vollkommenen Preisgabe jedoch noch nicht beschreiten. Mit diesem Schritt wirft es vollends die Maske ab und das Proletariat der ganzen Welt würde sehen, daß es in den letzten sieben Jahren einer Fata morgana nachgejagt ist. Aus diesen Gründen laviert Rußland noch. Es unterhandelt wohl mit allen Kapitalisten der Welt, aber die Anleihen wollen nicht fließen. Um nun wenigstens über die Zeit hinwegzukommen, bis die internationale Wirtschaftskrise die Kapitalisten gefügiger machen soll, den russischen Markt unter den von Rußland gegebenen Bedingungen auszunutzen, muß es noch die Illusionen von dem „Arbeiterstaat" aufrecht erhalten. Das Proletariat jedoch will Tatsachen sehen. Und weil an sich sich schon eine immer stärkere Westorientierung des deutschen Kapitalismus bemerkbar macht, weil alo die Aussichten in finanzieller Beziehung an sich schon ungeheuer gering sind, kann Rußland wohl eine Aktion aufziehen, um wenigstens dem Proletariat zu „beweisen", wie es gegen die Konterrevolution kämpft. Die außenpolitische Erfolglosigkeit in China, in England, in Deutschland, in Frankreich ist nicht ohne innere Wirkung geblieben. Die Bauern sind nun einmal keine Internationalisten, sondern die Bauern sind immer Nationalisten. Das sogenannte Außenhandelsmonopol, das in Wirklichkeit nur eine Hochschutzzollmauer darstellt, kann wohl das Monopol über die russischen Industriewarenpreise aufrecht erhalten, aber letzten Endes wird der Preis einer Ware nicht nur von den Gesetzen des Weltmarktes bestimmt, sondern der Preis der russischen Industrieerzeugnisse findet seine Grenze in der Kaufkraft der russischen Bauern. Die russische Regierung hat diesen Widerspruch, der zwischen den Preisen der Industriewaren und denen der Agrarprodukte liegt, auszugleichen versucht durch eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben, weiter durch eine schleichende Inflation, die den Reallohn der Arbeiter herabdrückte, drittens durch die damit zusammenhängende Säuberung von „Unberflüssigen" aus den Betrieben, was zu einer ungeheuren Steigerung der Arbeitslosigkeit führte. Das alles geht an den Arbeitern nicht spurlos vorüber. Sie sehen wie der Kulak, der Nepbourgeois, der Bürokrat, der Spezialist fressen und saufen, und sie sehen, daß ihr Elend immer größer wird und wenn da nicht etwas dazwischen kommt, was so etwas revolutionär „riecht", dann geht das Prestige der sogen. Arbeiterregierung vollends vor die Hunde. Man muß nämlich bedenken, daß die russische Regierung den Arbeitern auch poltisch allerhand bieten muß. Wir sehen davon ab, zu untersuchen, wieviele Proletarier bei der Verhaftung und Verbannung der russischen Opposition mit geballten Fäusten und mit unauslöschbarem Haß gegen diese Regierung standen. Ob das sehr viele oder sehr wenige sind, ist gar nicht entscheidend. Die deutschen Arbeiter wissen, wie verhältnismäßig klein die Schar war, die von Ebert-Scheidemann, Noske im Namen des „marschierenden Sozialismus" verleumdet in die Gefängnisse geworfen, auf der Flucht erschossen oder sonst erledigt wurden. Ob das viel oder wenig waren, spielt keine Rolle. Wichtig ist jedoch, heute festzustellen, wer hatte Recht, die erschlagenen Spartakuskämpfer oder die Ebert-Scheidemann? Auch in Deutschland ist aus dem „marschierenden Sozialismus" ein marschierender Faschismus geworden und auch in Deutschland steht das Proletariat vor der Aufgabe, aus dem Verrat der sozialdemokratischen Politik die Konsequenzen zu ziehen und mit revolutionären Mitteln den Kampf aufzunehmen gegen eine Demokratie, die es zu erdrücken droht.

In Rußland liegen die Verhältnisse ähnlich. Die russische Revolution ist nicht mit wehenden Fahnen und unbeflecktem Schild untergegangen. Sie wurde stück- und pfundweise verschachert. Um sich an der Macht zu halten, mußten die Bolschewiki das Privateigentum heilig sprechen, die Lohnarbeit von neuem einführen, Bündnisse mit den kapitalistischen und faschistischen Staaten eingehen, die letzten Reste rev. Errungenschaften über Bord werfen, um überhaupt verhandlungsfähig zu werden, und es ist nicht ohne Reiz, daß gerade in dem Moment, wo man mit der Verhaftung der Ingenieure das gesamte Proletariat verrückt machen möchte, König Amanullah von Afghanistan sehnsüchtig erwartet wird. Dieselben „roten" Truppen, die die Opposition nach Sibirien brachten, die revolutionäre Arbeiter in die Gefängnisse warfen, werden vor König Amanullah aufmarschieren und aus den Palästen, in denen der Schmutz der Proletarierstiefel, die sie einst erstürmten, längst fein säuberlich fortgefegt ist, wird König Amanullah seine Residenz aufschlagen. In der leninistischen Terminologie gibt es nicht nur ein rev. Kleinbürgertum, gibt es nicht nur „unterdrückte" und „halbunterdrückte" Nationen, gibt es nicht nur „schwankende" Länder und Völker, sondern es gibt auch schon rev. Könige, mit denen man eine Einheitsfront bilden und den Kampf mit ihnen gegen die Reaktion führen kann.

Die Proletarier der Kommunistischen Partei stellen immer wieder die Frage, was hättet Ihr denn gemacht, wenn Ihr an der Stelle der Bolschewiki gewesen wäret? Diese Frage ist billig und scheinbar ist sie auch die Frage, die man schlecht beantworten kann. Aber nur scheinbar. Denn in einer geschichtlichen Entwicklung spielt es keine Rolle, was Menschen „wollen" oder was sie nicht „wollen", wenn dieser Wille nicht abgeleitet ist von einer konkreten Wirklichkeit. Wir wollen zum leichteren Verständnis die Frage einmal umdrehen und zurückfragen: Wenn heute die Arbeitslosen in Rußland vor den vollen Schaufenstern von ihrem Hunger überwältigt werden, wenn die ausgebeuteten Arbeiter in den Betrieben aufstehen, und den Kampf aufnehmen für höhere Löhne und gegen das Rationaliserung, die doch nur dem Kulak zugute kommt, und gegen das Regime, das unter der Flagge der „roten Direktoren" über sie herrscht, wenn also das Proletariat als die ausgebeutete unterdrückte Klasse den Kampf aufnimmt gegen den russischen Kapitalismus und seine Nutznießer, wer stellt dann wohl die Ordnung wieder her? Welche Funktion übt dann die „Rote Armee" aus?

Was wird die Parole der Kulaken sein? — Sie wird sein: Soldaten her! Nieder mit den verbrecherischen Elementen! Hoch der Leninismus! Für Ruhe und Ordnung! Für den „sozialistischen Aufbau"! — genau so wie ja auch die deutsche Bourgeoisie gegen Spartakus, gegen die unlauteren Elemente und für den „marschierenden Sozialismus" der Ebert-Scheidemann war.

Hier heißt es Farbe bekennen und zu begreifen, daß es nicht darauf ankommt, was man „will" oder was man nicht „will", sondern darauf, ob man sich zum Klassenkampf bekennt, oder ob man den Klassenkampf preisgibt und zu feige ist, für die eine oder die andere Klasse Partei zu ergreifen. Das internationale Proletariat wird solange zu keiner Klarheit über die revolutionäre Aktion und Taktik kommen, solange es nicht begreift, daß der Leninismus mit Kommunismus nicht zu tun hat, daß der Leninismus den Ebert-Scheidemann, Noske nur die Argumente liefert, um den Kommunismus zu diskreditiren. Nicht die russische Neppolitik und nicht die Politik des pfundweisen Verschacherns der russischen Revolution gehört zum Waffenarsenal des internationalen Proletariats, sondern die russsiche Oktoberrevolution mit ihrer ungeheuren Kraftanstrengung, ungeheuren Disziplin, ungeheuren Hemmungslosigkeit und ihrem unbeschreiblichen Radikalismus ist es, die die Waffen liefert zu dem Kampf gegen den gesamten Kapitalismus der Welt. Dazu gehört auch der Kampf des russischen Proletariats gegen den Kapitalismus in Rußland.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung, Mainummer!

Die Mainummer der „KAZ." erscheint am Mittwoch, den 26. April in erhöhter Auflage und besonderer Ausstattung. Alle Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen müssen sofort Mehrbestellungen bei dem Verlag der „KAZ." aufgeben.

Bezirkskonferenz
der KAPD., AAU. und KAJD.
Ruhrgebiet!

Am Sonntag, den 22. April 1928, vormittags 9.30 Uhr, im Lokal Weber in Essen, Postalle.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag; 2. AAUD. und unsere Aufgaben; 3. Verschiedenes. a) Jugendfrage, b) Beiträge.

Jede Ortsgruppe jeder Organisation muß einen Delegierten entsenden. Mitgliedsbücher sind mitzubringen, da sonst kein Zutritt. Gäste können an der Konferenz teilnehmen.

Die Bezirksleitungen
der KAPD. — AAUD. — KAPD. Ruhrgebiet.

Oeffentliche Diskussionsabende.

Eberswalde: Freitag, den 27. April, abends 7.30 Uhr, im Lokal „Gemütliche Klause", am Bahnhof.

Schöpfurt-Steinfurt: Freitag, den 20. April, abends 7.30 Uhr.

Thema: Parlamentarismus oder revolutionärer Klassenkampf, Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?

Groß-Berlin.

Sonntag, den 22. April 1928

Hauspropaganda.

Parteiarbeit ist Parteipflicht!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sträbing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg. Nr. 31 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 22. April 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

„Wahlerfolge" in Oesterreich

Aus Wien wird uns geschrieben:

39, 40, 41 — so steigt jetzt wohl das Wahlfieber im deutschen Lande: keine angenehme Zeit für revolutionäre Proletarier! Mögen sie im übrigen wie reißende Bestien einander anfallen, da es um die Mandate geht — gegen Euch werden die Noskiten und Moskowiten eine eiserne Einheitsfront bilden und Euch entgegenbrüllen, daß, wer nicht wählen geht, ein Hundsfott ist der die Reaktion stärkt. In dieser Situation wollen auch die revolutionären Proletarier Oesterreichs einige Worte an Euch richten, die Euch vielleicht helfen werden, die zu erwartenden Orgien der überschäumenden Demokratie zu ertragen, ohne vor Ekel zu sterben.

Die Hanswurst-Politik der deutschen Staliniker, dieser Partei, die aus ihren eigenen Beamten besteht, und die den Zweck hat, nicht zu ihrer Opposition zu gehören — die Politik dieser Partei scheint dahin geführt zu haben, daß dem Arbeiter schon alles egal ist und daß er, so wie man sich aus Verzweiflung dem Trunk ergibt, wieder sozialdemokratisch wird. Die katastrophale Wirkung des Leninismus liegt ja eben darin, daß er durch seine eigene Nichtsnutzigkeit den Glauben an die Revolution zerstört, den Kommunismus diskreditiert und dadurch dem alten totgeglaubten Sozialdemokratismus wieder auf die Beine hilft. Nicht nur Zutreiber der Gewerkschaften sind die heutigen Leninisten, auch Zutreiber jener Partei, die so viel Arbeiterblut gesoffen hat, daß ihr noch heute die Backen davon rot sind, und bald wird die Parole lauten: „Die SPD. muß!"

Die Bourgeoisie braucht heute so ziemlich in ganz Europa „linke Wahlen". Der Wurstkessel, in dem sich das Proletariat befindet, ist überhitzt und droht zu explodieren, wenn nicht ein Ventil geöffnet wird in Form eines „Rucks nach links", „Linksblocks" usw. Zu diesem Zweck hält sich ja die Bourgeoisie ihre verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, es müssen von Zeit zu Zeit die revolutionären Energien des Proletariats aufgefangen und in den Kanal einer „Linksregierung" abgeleitet werden.

Die „Linksregierung" regiert eine Zeit lang, es wird nicht besser — denn es ändert sich ja nichts am Kapitalismus, gleichgültig, ob die „Linken" oder die „Rechten" die Mehrheit im Parlament haben — es wird immer schlechter und zum Schluß ist der Arbeiter froh, wenn wieder eine Rechtsregierung kommt.

Mit nicht zu überbietender Deutlichkeit hat sich der wahre Sinn „linker" Wahlerfolge in Oesterreich gezeigt. Am 24. April 1927 hat die SPOe. einen Wahlsieg errungen, wie man ihn schöner nicht wünschen konnte. 44 Prozent aller Stimmen und Mandate hat diese Partei erlangt, fast schon die Mehrheit, dieser Stein der Weisen des Sozialdemokratismus. 44 Prozent — nur noch ein Ruckerl und der „Sozialismus" mußte kommen! Und wie kam es? Der Wahlsieg hatte die historische Aufgabe, die Bourgeoisie zu erwecken und das Proletariat einzuschläfern. Die Bourgeoisie verlangte zunächst die Waffen, die im Wiener Arsenal von den Arbeitern für unvorhergesehene Fälle versteckt gehalten wurden. Es handelte sich um große Waffenbestände, die aus dem Kriege stammten und das heiligste Gut des klassenbewußten Teils der österreichischen Arbeiterschaft bildeten. Die Sozialdemokratie hat diese Waffen im Geheimen der Regierung ausgeliefert. Ein Stein fiel ihr dabei von ihrem demokratischen Herzen. Nachdem nun das Proletariat wehrlos gemacht war, konnte die Bourgeoisie den 15. Juli wagen. Der erstbeste „Anlaß" mußte herbei, um in einem Blutmassaker ohnegleichen die österreichische Arbeiterschaft niederzumachen, zum Teil mit ihren eigenen, von der Sozialdemokratie ausgelieferten Waffen. 24. April — 15. Juli, linker Wahlsieg und blutiger Faschismus, Triumph des Parlamentssessels und Niederwerfung des Proletariats — die beiden Daten zeigen das wahre Gesicht der parlamentarischen Demokratie und ihrer „Arbeiterparteien".

Gegenüber dem Schandtreiben dieser parlamentarischen „Arbeiterparteien", die sich an den Schwanz der Demokratie hängen und dem Proletariat den Wischzettel in die Hand drücken, auf dem sein eigenes Todesurteil steht, muß die Parole der revolutionären Arbeiter lauten: Keinen Stimmzettel in die Urne! Nieder mit der Demokratie! die revolutionäre Wahlenthaltung ist eine tausendmal stärkere Demonstration gegen das herrschende System, als das schafsmäßige Abgeben des Stimmzettels, gleichgültig, welcher Couleur! In den Büros der Trusts und Konzerne wird heute regiert, nicht im Parlament. Das Parlament ist eine Affenkomödie und wer mittut bei der „Zusammensetzung" dieser Affenkomödie, der ist nicht würdig, Proletarier zu sein!

Der weltpolitische Horizont verdüstert sich. Die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze wird täglich bedrohlicher, es hagelt Bündnisse, Freundschaftsverträge und Nichtangriffspakte — der Weg zum Weltkrieg ist mit Friedensverträgen gepflastert. Die Weltbourgeoisie, die nicht mehr weiter kann, droht in einem neuen, zehnfach grauenhafteren Weltkrieg das Proletariat mit sich hinabzureißen in die Nacht des Untergangs. Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

Verbot des RFB.?

Am 17. April brachte TU. die Meldung, daß Keudell unter Berufung auf das Republikschutzgesetz an alle Länderregierungen das Ersuchen gerichtet habe, den RFB. zu verbieten. Seit diesem Tage ist nun wieder allerhand los. Die ganze „Demokratie" ist gegen die „Reaktion" lebendig geworden und Herr Keudell wird von der Bourgeoisie ganz offen als der Ochse im demokratischen Porzellanladen gerüffelt und fallen gelassen. Alle „demokratischen" Länderregierungen, allen voran Preußen, haben gegen diese undemokratische Handlungsweise Einspruch erhoben, so daß erst der „Staatsgerichtshof" eine Entscheidung bringen wird. Und diese Entscheidung wird, wie die Dinge liegen, erst kurz vor dem Wahltermin fallen können. — Eine wahrhaft unerquickliche Situation.

Das Proletariat sieht an diesem Keudellschen Streich wieder einmal, wie leicht die Bourgeoisie selbst dieser Demokratie den Garaus machen kann, — wenn sie das nötig hat. In diesem Zusammenhang sei nur nebenbei darauf hingewiesen, daß nicht nur die SPD. dieses Republikschutzgesetz mit aus der Taufe hob, sondern daß auch unter dem ersten Entwurf — der sich von dem endgültigen Entwurf in nichts unterscheidet — auch die Unterschriften von Höllein und Koenen zu lesen sind. Die demokratischen „Arbeiterparteien" haben fleißig mitgeholfen, der Bourgeoisie die Waffe zu schmieden, mit der sie erledigt werden können, wenn es der Bourgeoisie in den Kram paßt. Was mittlerweile zur Gewißheit jedes einfachen Arbeiters geworden ist, daß die Bourgeoisie jedes Gesetz so „auffaßt", wie sie dies für nötig befindet, daß sie unter „Demokratie" etwas anderes versteht wie das Proletariat und demnach jene zum Hüter der Demokratie bestellt, gegen die sich dieses Gesetz eigentlich richten „sollte": den Hakenkreuzhelden um Keudell, — das brauchten die „linken" Demokraten um Koenen nicht zu wissen. Sie wollen eben überall dabei sein, wo die „Massen" sind, auch wenn dort der Strick um ihren eigenen Hals gedreht wird.

Man muß es Herrn Keudell lassen: Er hat in seiner stockreaktionären weltfremden Borniertheit, die in dem Mittelalter um jene Klasse, nach der er stinkt, verkörpert ist, der deutschen Bourgeoisie einen Bärendienst geleistet. Das fehlt gerade noch, das Proletariat so tollpatschig mit der Nase darauf zu stoßen, daß diese Demokratie ein schwarz-rot-goldener Teppich ist, den man beliebig wegziehen und die einfältigen Staatsbürger mit dem Hintersten in das Glatteis des „deutschen Wesen" purzeln lassen kann, wenn sie sich ein bißchen mausig zu machen unterstehen. So kurz vor der großen demokratischen Maskerade am 20. Mai!

Die KPD. überschlägt sich vor Freude. So ein Fressen! Ein solcher Wahlschlager ist einfach nicht mit Geld zu bezahlen! Die Heldentat eines Keudell wird nicht aufgewogen durch tausend Wahlesel, die in nächster Zeit aufmarschieren sollen. Kein Wunder, daß die Noske-Partei sich ob solcher Dummheit im „Vorwärts" gebärdet, wie der naive Provinzler, dem man die Brieftasche geklaut hat. Gerade für die Wahlen wiegen alle gewesenen Dinge, und wenn sie noch so sorgfältig ausgeschlachtet werden, den Stoff nicht auf, den Keudell der KPD. für die „Agitprop" geliefert hat.

Es versteht sich am Rande, daß natürlich die alte „völkerbefreiende" Partei der Begaunerung des Proletariats selbst nach diesem Fiasko wieder auf die Beine fällt. Und so zählt sie der linken Konkurrenz sorgfältig all jene demokratischen Stützpunkte von Koalitionsregierungen auf, die dem Keudell in die Parade gefahren sind und sich dem Verbot widersetzten. „Beweist", daß die von der KPD. so viel gelästerte Koalitionspolitik wieder einmal zum Rettungsanker der KPD. geworden ist, und daß derjenige, der am 20. Mai der KPD. seine Stimme gibt, sie ebensogut dem Keudell geben könnte. Und der Prolet steht ob dieser Logik in der Tat vor einem Dilemma; das heißt, der Proletarier, der über die Demagogie, mit der die parlamentarische Taktik beschritten wird, und die so flach ist wie ein ausgetretener Plattfuß, nicht hinaussehen kann.

Der Keudellsche Handstreich leuchtet ganz von ferne, aber für jeden denkenden Arbeiter deutlich sichtbar, das Gelände ab, auf dem das deutsche Proletariat kämpft, und auf dem ihm in Zukunft immer schärfer zum Bewußtsein kommen muß, daß die „Grenze" der Demokratie, wie sie in wirtschaftspolitischer Beziehung durch den Schraubstock der Schlichtungsdiktatur gekennzeichnet ist, entweder gesprengt werden muß, — oder das Proletariat wird vollends zu einem elenden Bettler dieser Demokratie degradiert, trotzdem die gesteigerte Ausbeutung die Dividenden im gleichen Tempo emporschnellen läßt. Die Bourgeoisie ist gerüstet, Keudell hat eigentlich dem Proletariat einen Dienst erwiesen, indem er für einen Augenblick den demokratischen Vorhang hob und zeigte, daß hinter diesem der deutsche Faschismus steht und das hungernde und kämpfende Proletariat angrinst. Die Aufregung der Noske-Partei ist erklärlich, denn wenn wieder einmal alle „erschossen" werden sollen, die da „weitergehen" wollen, wird auch die sozialdemokratische Ordnungspartei ihre Männer stellen, weil ja doch wieder einer der Bluthund sein muß. Diese Erinnerungen passen schlecht in den Wahlrummel.

Diesen unvermeidlichen Zusammenstößen in den kommenden Kämpfen kann das Proletariat jedoch nicht begegnen, wenn es in der Weltgeschichte herumrennt und „protestiert" und gar nicht weiß, gegen oder für was es demonstriert. Die KPD. begnügt sich damit, die ganze Komödie auf die Formel: „Wählt Liste 5" zu bringen, um so dem Proletariat erst recht den Kopf mit demokratischen Illusionen zu verkleistern. Und wenn die Dinge schon hart im Raume sich stoßen und der ADGB. und die SPD. sich offen fertig machen, das Proletariat von neuem blutig niederzuwerfen, dann wird die KPD., vom parlamentarischen Kretinismus zerfressen, immer noch brüllen: „Der ADGB. muß". Es ist der Fluch des deutschen Proletariats, daß es sich von plattester Demagogie beeinflussen läßt und nicht über den Tag hinaussieht. Sonst würde es begreifen, daß der RFB. trotz der Borniertheit eines Herrn Keudell ein harmloser Soldatenverein, ein Wahltrommlerklub der KPD. ist.

Nicht „Proteste" für oder gegen die „Demokratie" helfen hier, sondern die klare Einsicht, daß die Demokratie nur eine Form der Unterdrückung des Proletariats ist. Hinter ihr lauern die Maschinengewehre der kapitalistischen Klassenherrschaft, die durch keine demokratischen Schauspiele mehr gehemmt werden. Für jeden Fall zu der unvermeidlichen Auseinandersetzung rüsten, heißt die Waffen schmieden, die das Proletariat in seinem Kampf notwendig hat. Das sind keine Diätenempfänger im „neuen" Reichstag. Das ist die proletarische Solidarität auf der Grundlage der Betriebsorganisationen zur Zusammenschweißung der Arbeiterklasse gegen die schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Konterrevolution und ihre parlamentarischen Lakaien.

Läßt das Proletariat sich jedoch von gerissenen Wahldemagogen ablenken von dieser seiner notwendigen Klassenaufgabe, dann wird ihm nach dem 20. Mai als Antwort auf illusionäre Hoffnungen die Bourgeoisie die demokratischen Illusionen aus dem Schädel schlagen.